



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Paket E-Government der dritten Stufe kon- junktureller Stabilisierungsmassnahmen (Stabi3eGov)

Projektabschlussbericht

Per 31. Dezember 2010

Zweck des Dokuments

Das Paket E-Government im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen hat die finanzielle Unterstützung von mehreren priorisierten Vorhaben der E-Government Strategie ermöglicht. Auf der Basis der Projektabschlussberichte der unterstützten ffO fasst das vorliegende Dokument die Erfahrungen mit der Unterstützung aus dem Stabilisierungspaket zusammen, insbesondere die Auswirkungen auf die Projekte als solche, sowie die Implikationen für das gesamte E-Government Programm.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Ausgangslage	4
1.2	Grundsätze und Ziele	5
1.3	Massnahmen	5
2	Umsetzung der Massnahmen	7
2.1	Unterstützte Vorhaben	7
2.2	Monitoring und Controlling	8
2.3	Kommunikation	9
3	Resultate der Unterstützung	10
A1.06	Baubewilligung beantragen	10
A1.12	Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug	11
A1.16	Agrarsektoradministration (ASA 2011)	12
A1.18	Meldungen von Zivilstandesänderungen	13
A1.19	Elektronisches Grundstück-Informationssystem (eGRIS)	14
A2.05	Parkkarte beantragen und bezahlen	16
A2.06	Suchen und Melden von Fundgegenständen	17
A2.10	Bewilligungen im Bereich Arbeit	18
B1.02	Rechtsgrundlagen	19
B1.06	E-Government Architektur Schweiz	20
B1.11	Schweizweiter Austauschstandard für elektronische Dossiers und Dokumente	21
B1.12	Standardisierung von Objektdaten	22
B2.04	Dienst für elektronische Formulare	23
B2.06	Dienst für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung	24
B2.08	Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung	25
B2.09	Dienste für die elektronische Langzeitarchivierung	26
4	Evaluation aus der Gesamtsicht	27
4.1	Mittleinsatz	27
4.2	Zielerreichung	29
4.2.1	Stabi3eGov Ziele	29
4.2.2	Grundsätze und Ziele der Strategie E-Government Schweiz	29
4.2.3	Ziele des Massnahmenpakets	30
4.2.4	Fazit Zielerreichung	30
4.3	Risikomanagement und Qualitätssicherung	31
4.4	Projektmarketing	31
4.5	Lessons learned, Zusammenarbeit und Know-How Transfer	32
4.5.1	Perspektive ffO	32
4.5.2	Perspektive Geschäftsstelle	32
5	Fazit	34

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Aus den Erfahrungen bei der Umsetzung der E-Government Strategie zeichnet sich die Frage der Finanzierung als klare Problematik von priorisierten Vorhaben. Dies lässt sich sowohl bei der Auswertung des Cockpit zur Frage der Finanzierung, als auch bei diversen Diskussionen mit federführenden Organisationen feststellen. Insbesondere wurden folgende Problemfelder identifiziert:

- Die Finanzierung ist insbesondere in der Anfangsphase problematisch. Daher bleiben viele erfolgsversprechende Projekte in der Anfangsphase blockiert.
- Beschränkte Ressourcen in den priorisierten Vorhaben führen zu verlangsamter Weiterentwicklung resp. Verzögerung bei der schweizweiten Ausbreitung.
- Gegenüber der gut vorhandenen fachlichen Kompetenz fehlt bei den ffO oft das Know-how insbesondere im Bereich Projektmanagement und bei der Klärung von juristischen Fragestellungen.
- Es ist anzustreben, dass Fragestellungen, welche in mehreren Vorhaben wiederholt auftreten, koordiniert und gemeinsam angegangen werden. Die dafür notwendigen Ressourcen können meist nicht innerhalb der einzelnen Vorhaben bereitgestellt werden.

Um Vorhaben gezielt über die ersten Hürden der Finanzierung zu unterstützen und somit die Umsetzung des gesamten E-Government Programms zu beschleunigen, wurde die Geschäftsstelle anlässlich der Sitzung vom Mai 2009 vom Steuerungsausschuss beauftragt, ein Konzept für die Anschubfinanzierung von E-Government Vorhaben zu erarbeiten und über die Linie beim Vorhandensein eines konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen einen Antrag einzureichen.

Am 17. Juni 2009 beschloss der Bundesrat eine dritte Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen. In der Folge stimmte am 25. September 2009 das Parlament dem entsprechenden «Bundesgesetz über befristete konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen in den Bereichen des Arbeitsmarkts, der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Kaufkraft» zu. Mit den 3. konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen sollte die Zeit der Krise genutzt werden, um im Sinne der Wachstumspolitik Strukturen so vorzubereiten, dass diese zur Zeit des Aufschwungs die Wirtschaft optimal unterstützen.

Vor dem Hintergrund des bestehenden Handlungsbedarfs bei der Förderung, bzw. Bereitstellung fundamentaler Komponenten, die für einen funktionierenden und vertrauenswürdigen elektronischen Wirtschaftsraum unverzichtbar sind, wurde ein Paket von Massnahmen erarbeitet, welche sich gegenseitig verstärken und dem elektronischen Geschäfts- und Behördenverkehr zu einem schnelleren Durchbruch verhelfen sollten. Dazu gehören Massnahmen für die Weiterentwicklung der digitalen Signatur zur SuisseID als Mittel zur sicheren Authentisierung im elektronischen Geschäfts- und Behördenverkehr, einschliesslich Massnahmen zur Absatzförderung. Weiter wurden Begleitmassnahmen zur Förderung des elektronischen Wirtschaftsraums (Pilotprojekte, Verbreitung der Unternehmens-Identifikationsnummer (UID), Befähigung der Akteure und Harmonisierung des elektronischen Funktionsnachweises, Anschubfinanzierung priorisierter Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz) beschlossen. Insgesamt wurden für diese Massnahmen im Rahmen der dritten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen 25 Millionen Franken zugesprochen, wobei 17 Millionen Franken für

die vergünstigte Erstabgabe von SuisseID-Karten, sowie weitere 4 Millionen Franken für die entsprechenden Begleitmassnahmen beschlossen wurden. Für diese 21 Mio. zeichnet das SECO zuständig.

Die weiteren 4 Millionen Franken wurden zur Beschleunigung und Unterstützung der priorisierten Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz vorgesehen (Stabi3eGov), wozu das GS-EFD (ISB) als zuständig zeichnet. Das entsprechende Umsetzungskonzept wurde im Dezember 2009 vom Steuerungsausschuss E-Government Schweiz verabschiedet. Der Auftrag des Steuerungsausschusses für die Umsetzung des Pakets lautet wie folgt:

- Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz wird mit der Umsetzung des Pakets E-Government im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen gemäss entsprechendem Umsetzungskonzept beauftragt.
- Für die Umsetzung erstellt die Geschäftsstelle ein entsprechendes Detailkonzept, welches durch die Geschäftsstelle publiziert wird.
- Die Geschäftsstelle rapportiert im Rahmen der ordentlichen Zwischenberichte dem Steuerungsausschuss über den Stand der Umsetzung.

1.2 Grundsätze und Ziele

Das entsprechende Konzept zur Umsetzung des Pakets E-Government wurde im Dezember 2009 vom Steuerungsausschuss E-Government Schweiz verabschiedet.¹ Folgende Grundsätze und Ziele wurden vereinbart und festgelegt:

- Die finanziellen Mittel sind nach den Vorgaben und Kriterien des Beschlusses des Bundesrates vom 17. Juni 2009 zur dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen einzusetzen.
- Die Massnahmen sollen nachhaltig sein, das heisst über das Jahr 2010 Wirkung entfalten.
- Die Mittel sollen nur für E-Government-Strategie konforme Massnahmen eingesetzt werden.
- Mit den eingesetzten Mittel sollen konkrete, messbare Erfolge generiert werden.
- Der Einsatz der vorhandenen Mittel hat transparent zu erfolgen.

Die Massnahmen sollen eine Beschleunigung bei der Umsetzung der E-Government-Strategie und in erster Linie deren priorisierten Vorhaben bewirken.

1.3 Massnahmen

Aufgrund der Analyse eines umfassenden Katalogs von möglichen Massnahmen und der Beschlüsse des Steuerungsausschusses vom 3. November 2009 wurden zwei Massnahmenpakete zur Umsetzung ausgewählt: Massnahmenpaket I «priorisierte Vorhaben» und Massnahmenpaket II «Ressourcenpool».

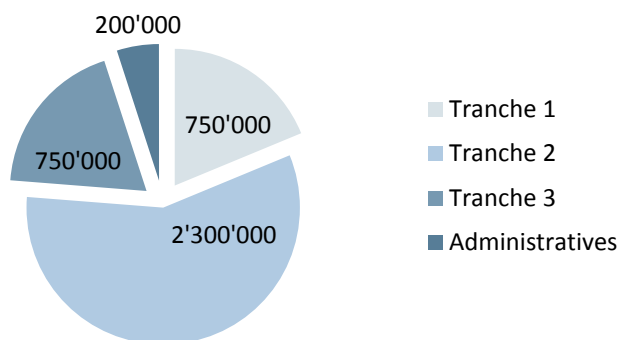
Mit dem Massnahmenpaket I (CHF 3'000'000)² sollten priorisierte E-Government Vorhaben

¹ http://www.egovernment.ch/dokumente/stabilisierung/E-Gov-CH_Stabi3eGov_Konzept_V2010-05-25.pdf

gezielt unterstützt werden. Vor dem Hintergrund der identifizierten Finanzierungsproblematik der Projekte in der Anfangsphase, wo der Nutzen nicht genau identifizierbar ist, wurde der Fokus des Massnahmenpakets I einerseits bei der Finanzierung von Vorhaben gelegt, die noch nicht gestartet waren, bzw. die Konzeptphase noch nicht erreicht hatten. Andererseits sollten ins Stocken geratene Projekte forciert werden. Im Hinblick auf diese beiden Schwerpunkte sollte mit dem Massnahmenpaket I der Abschluss der Konzeptphase für alle priorisierten Vorhaben bis Ende 2010 erreicht werden.

Die federführenden Organisationen von priorisierten Vorhaben, Bundesämter, Kantone, Städte und Gemeinden hatten die Möglichkeit, im Rahmen dieses Massnahmenpakets Unterstützung für ihre E-Government Vorhaben bei der Geschäftsstelle E-Government Schweiz zu beantragen. Ein kleiner Teil des Pakets wurde für die Umsetzungsunterstützung bei der Geschäftsstelle eingestellt (CHF 200'000).

Somit lag der Schwerpunkt auf die gezielte Förderung von priorisierten Vorhaben. Als Leitlinie diente die folgende Aufschlüsselung.



² Die ursprüngliche Aufteilung der Massnahmen sah ein Massnahmenpaket II „Ressourcenpool“ vor (CHF 800'000), wessen Ziel war, Ressourcen-Engpässe in den priorisierten Vorhaben zu verhindern und den Know-how Aufbau in den Bereichen Projektmanagement und rechtlichen Fragestellungen zu fördern. Dieses wurde aufgrund zu geringer Nachfrage zugunsten der 2. Tranche des Massnahmenpakets 1 „priorisierte Vorhaben“ aufgelöst. Somit gingen CHF 3'800'000 diesem Paket zugute.

2 Umsetzung der Massnahmen

2.1 Unterstützte Vorhaben

Gestützt auf das Umsetzungskonzept erfolgte die Vergabe der finanziellen Mittel für die konkreten Vorhaben der Antragsteller durch die Geschäftsstelle E-Government Schweiz in 3 Etappen: per 31. Januar, 30. April und 31. August, unter Verfolgung folgender Prozessschritte:

- Die ffO reichen Anträge an die Geschäftsstelle E-Government;
- Die Geschäftsstelle führt die formelle Prüfung durch
- Die Geschäftsstelle entscheidet über die Mittelvergabe und spricht den Mitteleinsatz³
- Der Antragsteller kann im Falle einer Ablehnung ein Wiedererwägungsgesuch stellen.

Die eingegangenen Anträge haben in der 1. Tranche die verfügbaren Mittel um ein Vielfaches überschritten. So wurde abstützend auf die Ziele des Massnahmenpakets 1 der Fokus auf Vorhaben gelegt, die noch nicht in der Konzeptphase standen. Für Anträge, wo Koordinations-, bzw. Konsolidierungsbedarf festgestellt wurde, wurden entsprechende Workshops durchgeführt. Die überarbeiteten Wiedererwägungsgesuche konnten in der 2. Etappe unterstützt werden.

Dem Vorhaben A2.08 „Zugang zu Rechtsdaten“ wurden im Rahmen der 2. Tranche Mittel im Umfang von CHF 270'000 zugewiesen. Die Umsetzung des Vorhabens wurde jedoch aufgrund von Uneinigigkeiten bezüglich des Vorgehens und der Organisation unter den beteiligten Ämtern und der federführenden Organisation (ffO) blockiert. Zurzeit wird gemäss Auftrag des Steuerungsausschusses vom 4. November 2010 eine Expertise zu diesem Vorhaben durchgeführt.

Mit der dritten und letzten Tranche konnten alle eingereichten Projektanträge berücksichtigt werden. Zum Teil ging es dabei um Anträge, die in der 2. Tranche aufgrund der Mittelverfügbarkeit nur mit der Hälfte der beantragten Mittel unterstützt werden konnten.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt alle unterstützten Projekte und die dazugehörigen Beträge.

Vorhaben	Projektbeschreibung	Tranche	verpflichtet
A1.02	Weiterentwicklung im Bereich Unternehmens- und Lohndaten mit IAM für Unternehmen und digitale Unternehmenssignatur	2	90'000
A1.02	Werbekampagne zum Rollout des Lohnstandards-CH (ELM)	3	86'000
A1.06	Konzepterarbeitung vom Vorhaben "Elektronische Plattform für Baubewilligungen", inkl. Ist-Analyse, Evaluation möglicher Lösungen für ein Modell Baubewilligungsprozess, sowie Organisations- und Finanzierungsmodelle	2	200'000
A1.12	Konzept zum Vorhaben "Meldung Adressänderungen, Wegzug, Zuzug" inkl. Evaluation, Beispielplattform, Schnittstellen zu Dritten	1	265'000
A1.16	Aufbau einer neuen eCH-Fachgruppe "Agrardaten", inkl. erster Standards	1	105'000
A1.18	Pilotbetrieb, Weiterentwicklung und Vorbereitung zur definitiven Einführung der Schnittstelle Infostar - Ein-	2	250'000

³ Die Bewertungskriterien sind im Anhang I aufgeführt.

	wohnerkontrollen		
A1.19	Erarbeitung Governance/Vertragswerk, Definition Schnittstellen und Grundlagenarbeit zum Portal eGRIS	2 und 3	465'000
A2.05	Konzept zum Vorhaben "Parkkarten" inkl. Ist-Analyse, Roadmap, langfristiger Sicherstellung der Umsetzung und Kommunikation	1	110'000
A2.06	Konzepterarbeitung zum Vorhaben "Suchen und Melden von Fundgegenständen" inkl. Ist-Analyse, Sollkonzept und Evaluation	2	90'000
A2.10	Konzept zum Vorhaben "Bewilligungen im Bereich Arbeit", inkl. Ist-Analyse, Organisations-, Finanzierungs-, Kommunikationskonzept und Umsetzungs-Roadmap	2	115'000
B1.02	Konzept Rechtsgrundlagen für E-Government in der Schweiz	3	120'000
B1.06 und weitere priorisierte Vorhaben	Konsolidierung und Promotion von Architekturergebnissen zur "vernetzten Verwaltung"	3	75'000
B1.11	Toolset zum eCH-Austauschstandard für Dossiers und Dokumente, welches einen Simulator und Handler beinhaltet	2 und 3	130'000
B1.12	Aufbau der neuen eCH-Fachgruppe "Objektdaten", Erarbeitung der zentralen Standards und Testfälle	1	130'000
B2.04	Erneuerung der Infrastruktur für den Betrieb elektronischer Formulare	2	350'000
B2.06	Erarbeitung und Verifizierung einer IAM (Identity and Access Management) -Lösungsarchitektur CH	2	750'000
B2.06 und weitere priorisierte Vorhaben	Konzept zur operationellen Einbindung von Reference eGov / Behördenverzeichnis in die IAM-Plattform	3	150'000
B2.08	Initialisierung Rolle als federführende Organisation und Konzeption des Vorhabens "Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung"	2	200'000
B2.09	Entwicklung Validator für Archiv-Ablieferungspakete (SIP-Validator)	3	70'000
Total			3'751'000

2.2 Monitoring und Controlling

Abstützend auf das Umsetzungskonzept wurde ein spezifisches Monitoring und Controlling für die Umsetzung der Massnahmen aufgebaut, welches insbesondere folgende Punkte abdeckt:

- **Finanzcontrolling über die bereits vergebenen, resp. noch vorhandenen Mittel:** Wie viel der zur Verfügung stehenden Mittel sind bereits vergeben? Wie viel Mittel stehen für die verschiedenen Massnahmenkataloge noch zur Verfügung?
- **Erfolgsmessung der Massnahmenpakete:** Welche Wirkung haben die Massnahmenpakete? Werden die Zielvorgaben erfüllt?
- **Monitoring und Controlling der einzelnen geförderten Vorhaben und Projekte:** Werden die angegebenen Erfolge erreicht? Fortschritt aufgrund der Angaben bei der Einreichung? Werden die vorgegebenen Bedingungen erfüllt (z.B. Know-how Transfer)?

Im Hinblick auf die obengenannten Dimensionen haben die federführenden Organisationen im 2-Monats-Rhythmus über den Umsetzungsstand ihrer Projekte berichtet. Dabei wurde

insbesondere auf die planmässige Umsetzung, die Kostensituation, sowie auf Projektrisiken und Massnahmen eingegangen. Die Statusberichte wurden regelmässig in einem Bericht aggregiert und auf die Website publiziert.⁴

2.3 Kommunikation

Während der Umsetzung des E-Government Stabilisierungspakets hat die Geschäftsstelle eine transparente Kommunikation angestrebt. Mit der Auflösung des Massnahmenpakets II «Ressourcenpool» war die Anspruchsgruppe des Stabi3eGov mit dem Massnahmenpaket I «priorisierte Vorhaben» ausschliesslich auf die federführenden Organisationen eingegrenzt. Die ffO wurden möglichst früh in den Prozess einbezogen und regelmässig über den Projektstand und nächste Schritte mittels E-Mail informiert. Desweiteren wurden für Anträge mit Koordinations- bzw. Konsolidierungsbedarf Workshops und Gespräche geführt.

Die Geschäftsstelle hat über den Umsetzungsstand der Massnahmen auch über andere Kanäle kommuniziert. So wurde eine Rubrik im Newsletter regelmässig dem Stabi3eGov-Projekt gewidmet. Ausserdem wurde die Website mit Informationen und Berichten zur Vergabe der Mittel und zum Zwischenstand der Projekte laufend aktualisiert. Um den E-Government Vorhaben mehr Präsenz für einen höheren Bekanntheitsgrad zu verschaffen wurde das ffO-Meeting vom 8. November 2010 im Zeichen der Stabi3eGov-Projekte durchgeführt.

Am 30. September wurde eine Zwischenbilanz über die Auswirkungen des E-Government Pakets gezogen und eine entsprechende Medienmitteilung publiziert.⁵ Die Kernbotschaft war: *Die Umsetzung des E-Government-Pakets, das vom Bundesrat im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen beschlossen wurde, schreitet zügig voran. Die unterstützten priorisierten Vorhaben laufen nach Plan und zeigen erste positive Ergebnisse. Per Ende Jahr werden alle priorisierten Vorhaben mindestens die Konzeptphase abgeschlossen haben.*

Über den Umsetzungsstand wurde desweiteren auch im Rahmen der ordentlichen Medienmitteilungen im Anschluss an die Steuerungsausschusssitzungen berichtet.

⁴ s. <http://www.egovernment.ch/de/umsetzung/stabilisierung.php>

⁵ <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=35354>

3 Resultate der Unterstützung

Untenstehend erfolgt eine Zusammenfassung der Resultate der unterstützten Vorhaben. Detaillierte Informationen sind in den jeweiligen Abschlussberichten im Anhang 2 zu finden.

A1.06 Baubewilligung beantragen

Projektname	Baubewilligungen beantragen – Erstellung Konzept
Kurzbeschreibung	<p>Das Konzept „Elektronische Plattform für Baubewilligungen“ wurde in sechs Projektschritten („Module“) erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Modul 1 beinhaltet die Untersuchung, welche kantonalen und kommunalen Lösungen bereits bestehen. Diese wurden anhand von strukturierten Interviews erfasst. - Modul 2 prüfte die Anforderungen, welche bei der elektronische Baubewilligung aus Sicht der Kunden (Bauherren, Architekten, usw.) vorhanden sein müssen. - Anschliessend, in Modul 3, wurden mögliche Varianten dargestellt und bewertet. - In einem weiteren Schritt wird sodann festgehalten, welche Anpassungen an Prozesse und Instrumente notwendig sind, um einen grössten gemeinsamen Nenner im Bereich von elektronischen Baubewilligungen zu realisieren. - In Modul 5 erfolgte eine grobe Schätzung der Kosten für die Initialisierung und den Betrieb sowie dem entstehenden Nutzen gemeinsamer Schnittstellen. - Schliesslich wurde das Konzept mit Überlegungen zur Projektumsetzung abgeschlossen.
Mitteleinsatz	Das Konzept wurde bei der Firma tsarea ag, Luzern in Auftrag gegeben. Es wurden Dienstleistungen in der Höhe von total CHF 175'290 in Rechnung gestellt.
Erstellte Ergebnisse	<p>Wichtigste Ergebnisse und erreichte Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Analyse und Empfehlungen zum weiteren Vorgehen (inkl. Terminplan) liegen vor - Die Stakeholder (insb. Kantone und Kunden) wurden in die Erarbeitung einbezogen; das vorgeschlagene Vorgehen bezieht die aktuellen Möglichkeiten in die Empfehlung mit ein und dürfte mehrheitlich auf Akzeptanz stossen. <p>Im Einzelnen wurden die an jeden Arbeitsschritt gestellten Ziele erfüllt.</p>
Ausblick	<p>Für die weitere Projektumsetzung wurde eine Zeitplan mit folgenden Meilensteinen aufgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schlusspräsentation EPB-Bericht bei der Plenarversammlung der BPUK (März 2011) - Beschlussfassung Lenkungs-Ausschuss bez. weiterem Vorgehen (März 2011) - Erarbeitung einer Sondervereinbarung zur Mittelherkunft mit den beteiligten Stellen (Juni 2011) - Publikation Förderprogramm bei den Kantonen (August 2011) - Evaluation der Projekte und Zusage der Mittel (Dezember 2011) <p>Für die Finanzierung ist vorgeschlagen, dass sich die Kantone mit insgesamt über 50% (direkter Mitteleinsatz und Anteil an Fördergeldern) beteiligen und dass verschiedene Bundesstellen die weiteren Mittel (<50%, Fördergel-</p>

	der) bereitstellen. Auf diese Weise kann das Ziel, mit einer begrenzten Anzahl Elektronischer Plattformen für Baubewilligungen einen wichtigen Beitrag zum e-Government Schweiz zu leisten, erreicht werden.
Fazit	<p>Die Unterstützung für die Konzeptarbeit hat dazu beigetragen, dass die bis dahin blockierte Situation aufgearbeitet werden konnte und nun für BPUK (bzw. die Kantone) das mögliche Vorgehen skizziert ist. Damit kann das wichtige Ziel einer Weiterentwicklung von elektronischen Baubewilligungen weiter verfolgt und mit konkreten Ergebnissen erreicht werden.</p> <p>Des weiteren konnten für Hersteller und Lieferanten Impulse für die mögliche Ausrichtung der nationalen bzw. kantonsübergreifenden Strategie betreffend einer elektronischen Plattform für Baubewilligungen gesetzt werden.</p>

A1.12 Meldung Adressänderung, Wegzug, Zuzug

Projektname	Konzept Meldung Adressänderung, Zu- und Wegzug	
Kurzbeschreibung	<p>Gegenstand dieses Projekts ist die Ausarbeitung eines Grobkonzepts (GK EWDeGOV),</p> <ul style="list-style-type: none"> - das den Prozess beschreibt, der bei der Wahrnehmung der Meldepflichten via Internet ablaufen muss, und - das den Weg zur Einführung des Meldewesens via Internet beschreibt. <p>Das Grobkonzept (GK) besteht demgemäss aus folgenden Kapiteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Analyse des Auftrags - Die Ausgangslage mit Bezug auf die Rechtssituation, Arbeitsabläufe der EWD und der IT-Umgebung - Die Anforderungen an die Lösung aus Sicht des Bürgers, der Einwohnerdienste und der Informatik - Die Beschreibung des Zielzustands nach Einführung des Meldeablaufs EWDeGOV - Die Bearbeitung von Einzelfragen aus IT, Recht und Abläufen - Die Zusammensetzung und Aufgaben der Trägerschaft - Die Finanzierung der Umsetzung von EWDeGOV - Die Umsetzung des Konzepts mit einem Zeitplan 	
Mittleinsatz	Mittleinsatz für konzeptionelle Tätigkeiten Einbezug VSED / Begleitgruppe IT-Support MwSt Total	CHF 123'729.- CHF 32'039.- CHF 90'724.- CHF 18'505.- CHF 265'000.-
Erstellte Ergebnisse	Folgende Ergebnisse wurden erstellt: <ul style="list-style-type: none"> - Aufbau von Organisationsstrukturen für eine Trägerschaft - Erarbeitung eines Grobkonzeptes als Basis für eine EDV-Lösung - Aufnahme der Anforderungen der beteiligten Stakeholdern - Abschätzung der zu erwarteten Gesamtkosten - Vorbereitungen zur Finanzierung der Implementierung 	
Ausblick	Das Grobkonzept ist eine solide Basis für das Meldewesen via Internet, das die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen und den heutigen Stand umfassend abbildet. Damit Nachhaltigkeit erreicht werden kann, ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Partner im Meldewesen zwingend notwendig. Ob EWDeGOV durch die vorgesehene Trägerschaft umgesetzt wird oder ob die einzelnen Anbieter ihre Software direkt auf der Basis dieses Konzepts anpassen, ist nur noch eine Frage der Umsetzung von EWDe-	

	<p>GOV.</p> <p>Sicher ist, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2011 im Rahmen des E-Gov-Projekts B2.06 ein Proof of Concept mit zwei Gemeinden aus der Ostschweiz durchgeführt werden kann. Weitere Arbeitspakete sind im Grobkonzept beschrieben und sind zum Teil noch von der Finanzierung dieser abhängig.</p>
Fazit	<p>Ohne die Anschubfinanzierung wäre dieses Grobkonzept nicht möglich geworden, mit dem erstmals aus allen Teilbereichen (Recht, Meldeprozesse, Statistik, IT) die Grundlagen für das Meldewesen via Internet zusammengetragen und konsolidiert wurden.</p> <p>EWDeGOV ist das Musterbeispiel eines Projekts, das</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine hoheitliche (polizeiliche) Aufgabe im Zuständigkeits- und Rechtsbereich von Kantonen und Gemeinden beschlägt, - schweizweit die gleichen Verfahren und Abläufe verlangt, - eine grosse Anzahl von Querbezügen in alle Verwaltungsbereich aufweist, - eine klassische EDV-Materie (Adressdaten) betrifft, - vom Meldepflichtigen ohne grosse Fachkenntnis genutzt werden kann, - täglich in tausenden von Fällen angewendet werden kann und daher einen grossen Nutzen aufweist, - von einer überschaubaren Anzahl von Akteuren gesteuert werden kann.

A1.16 Agrarsektoradministration (ASA 2011)

Projektname	ASA2011
Kurzbeschreibung	<p>Die Mittel wurden schwerpunktmässig für die Gründung von eCH-Fachgruppen und für die Durchführung der ersten Sitzungen mit Vor- und Nachbereitungen eingesetzt. Zudem erfolgte im GIS-Bereich die BLW-eigene Gründung der Fachinformationsgemeinschaft „Minimale GIS-Datenmodelle“.</p> <p>Im Verlauf der Arbeiten kamen drei verschiedene Arbeitsgruppen/eCH-Fachgruppen zur Gründung oder sind in Gründung.</p>
Mitteleinsatz	Es wurden Mittel im ungefähren Umfang von ca. CHF 98'000 von insgesamt beantragten CHF 170'000 verwendet. Über eine detaillierte Mittelverwendung kann gerne separat Auskunft gegeben werden.
Erstellte Ergebnisse	<p>Die erstellten Ergebnisse und Zielerreichungen lauten wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorgespräche zur Initialisierung der Gruppe Kontrolldaten (Zunächst Nachstandardisierung von bereits erarbeiteten Daten- und Meldungstypen; Planung für weitergehende Standardisierungen im erweiterten Stakeholderkreis). - Themenantrag eCH-Standardisierung Agrardaten – Erreicht - Gruppenantrag eCH-Fachgruppe(n) im Agrardatenbereich – Nicht erreicht - Rückweisung des damals vorliegenden Antrags. Der Gruppenantrag wird im Jahr 2011 nochmals eingereicht und damals bestehende Mängel werden ausgemerzt. - Ein sehr wichtiges erreichtes Ziel ist die Sensibilisierung der Auftraggeber und der beteiligten Projekte im Programm ASA2011. Auch dies wurde erreicht.

Ausblick	<p>Die geschilderten eCH-Standardisierungsgruppen nehmen ihre Arbeit im Jahr 2011 mit einiger Verspätung voll auf. Die Arbeiten werden in durchschnittlich vierteljährlichen Sitzungen je eCH-Fachgruppe weiter geführt. Nach und nach werden im Verlaufe des Jahres 2012 und 2013 dann umfassendere eCH-Fachgruppen implementiert, in welchen Neustandardisierungen oder Abänderungen bestehender Standards bearbeitet werden. Erste effektive Standardisierungsverfahren aus den drei erwähnten Gruppen dürften im Jahre 2011 beginnen (Herbst und Winter) und im Jahre 2012 fortgesetzt werden.</p> <p>Die künftige Finanzierung ist gesichert und die Standardisierungen werden weiter gehen. Es sind jährlich zwischen 35'000 und 50'000 CHF für weiterführende Aktivitäten seitens der Berner Fachhochschule eingeplant. Mittel in ebenso hohem Umfang werden für den Einbezug Dritter in die primären Standardisierungsbemühungen budgetiert.</p>
Fazit	<p>Damit ist die Anschubfinanzierung über das Stabi3-Paket zuhanden ASA2011 erfolgreich. Es wird seitens des BLW sichergestellt, dass für das Weiterlaufen der Standardisierungsanstrengungen in den Folgejahren Budget für die Weiterverfolgung des Anliegens sichergestellt.</p>

A1.18 Meldungen von Zivilstandesänderungen

Projektname	Infostar eMISTAR
Kurzbeschreibung	<p>Mit dem neuen Registerharmonisierungsgesetz ist Infostar verpflichtet, alle Neuerfassungen von Personen sowie alle Personenstandsänderungen an ZAS/UPI zwecks Nachführung zu melden. Ebenfalls fällt Infostar die Rolle zu, den EWK's die neue AHV-Nummer einer Person (AHVN13) zu melden. Zu diesem Zweck muss zu jeder Person in Infostar die AHVN13 gespeichert sein. Das Projekt Infostar eMISTAR (ehemals RHG 2) ist das Folgeprojekt des BJ für das Projekt RHG des BFS. Es geht darum, die Funktionalitäten weiter zu entwickeln und den Schnittstellen-Partnern den notwendigen Support zu gewähren.</p>
Mittleinsatz	<p>Die Arbeiten wurden vom Leistungserbringer ISC-EJPD ausgeführt. Es wurden rund 499'120 CHF für die Umsetzung der definierten Arbeitspakete eingesetzt. Die finanzielle Unterstützung von 250'000 CHF im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen ist vollumfänglich in die Finanzierung der oben genannten Arbeitspakete eingeflossen.</p>
Erstellte Ergebnisse	<p>Folgende Arbeitspakete wurden erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitspaket 1: Implementierung und Bereitstellung neuer Geschäftsfälle für den neuen Infostar Release • Arbeitspaket 4: Anforderungen wurden vollumfänglich umgesetzt und dem Produktionsbetrieb übergeben. • Arbeitspaket 5: Konzept wurde erstellt und dem Auftraggeber zur Beurteilung verschickt. • Arbeitspaket 6 und 7: Der Pilotbetrieb konnte aufgesetzt werden und bis Ende 2010 haben sich bereits 245 Gemeinden (knapp 10%) für das elektronische Meldewesen angemeldet. • Arbeitspaket 8: Ein grosser Teil der Differenzen und Fehler konnten behoben werden. • Arbeitspaket 9: Überwachungsrouitinen wurden implementiert und der Produktion übergeben. • Arbeitspaket 10: Compare-Batch ist in den produktiven Betrieb übergeben worden.

	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitspaket 11: DB Auszugs- und Lieferungsmethodik definiert und fertig gestellt.
Ausblick	<p>2011 steht die weitere Verbreitung des Meldewesens bei den EWKs im Vordergrund. Hauptziel des Projektes ist die Ablösung der Papiermeldungen zwischen dem Zivilstandswesen und den Einwohnerkontrollen. Bis 31. Dezember 2012 sollen, in Zusammenarbeit mit den Einwohnerkontrollen und den Softwarelieferanten, die Voraussetzungen geschaffen sein, um das aktuelle briefliche Meldewesen vollständig ab zu lösen. Als weiterer Schritt sind 2011 zwei Machbarkeitsstudien zu den Themen „Erweiterung des Meldewesens im Zivilstandswesen um „Dritte“ (wie z.B. Spitäler, Ärzte) und „privilegierter Datenabruf aus Infostar (z.B. elektronische Validierung der Daten aus Heimatschein) geplant. Die Funktionalitäten und Abläufe rund um die beiden Schnittstellen werden in den regulären Betrieb von Infostar integriert und auch über diesen finanziert. Der Bund übernimmt die Betriebsverantwortung, die weiterer Pflege und stellt somit die Nachhaltigkeit sicher. Die Kantone als Nutzer von Infostar entschädigen dem Bund den Betriebsaufwand.</p>
Fazit	<p>Aus Sicht des Projektleiters erfolgte die Umsetzung der einzelnen Arbeitspakete problemlos und ohne grosse Zeitverzögerungen, dank eben auch einer gesicherten Finanzierung.</p> <p>Die Projektbeteiligten sind motiviert an den Modernisierungs- und Optimierungsarbeiten rund um ihr Arbeitsumfeld teilzuhaben.</p> <p>Ohne die finanzielle Unterstützung durch die dritte Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen, hätten nicht alle geplanten Arbeitspakete umgesetzt werden können. Die Arbeiten hätten in der Folge per ca. Mai 2010 gänzlich eingestellt oder andere Projekte zurückgestellt werden müssen, was wiederum eine Verzögerung weiterer Projekte, die z.T. ebenfalls im Leistungs- und Voraussetzungskatalog der E-Government Strategie stehen, zur Folge gehabt hätte.</p>

A1.19 Elektronisches Grundstück-Informationssystem (eGRIS)

Projektname	eGRIS																								
Kurzbeschreibung	<p>Der in der Verantwortung von SIX Group stehende Teil des Projekts eGRIS hat zum Ziel, eine Infrastruktur zu etablieren, die den Zugriff für die Wirtschaft, die Bürger und die öffentliche Verwaltung auf alle schweizerischen Grundbuchdaten und die elektronische Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit den Grundbuchämtern über eine zentrale Plattform ermöglicht. Die eGRIS-Infrastruktur soll insbesondere drei Module beinhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> Elektronische Auskunft Terravis Elektronischer Datenbezug Schweizweiter elektronischer Geschäftsverkehr 																								
Mitteleinsatz	<p>Folgende Zusammenfassung des Mitteleinsatz liegt im Detail vor:</p> <table border="1"> <tr> <td>Eisenhut Informatik AG</td> <td></td> <td>52'336.65</td> </tr> <tr> <td>zhaw (PD Dr. A. Abegg)</td> <td>Formulierung Gesuch SNF</td> <td>30'000.00</td> </tr> <tr> <td>innoq Schweiz GmbH</td> <td>Konzeption und Spez BPEL</td> <td>142'354.80</td> </tr> <tr> <td>innoq Schweiz GmbH</td> <td>Konzeption el. Geschäftsverkehr</td> <td>29'111.85</td> </tr> <tr> <td>Eisenhut Informatik AG</td> <td>Erarbeitung Schnittstelle GBDBS</td> <td>11'959.75</td> </tr> <tr> <td>N+W Informatik GmbH</td> <td>Diverses</td> <td>110'000.00</td> </tr> <tr> <td>KSTA (PD Dr. A. Abegg)</td> <td>Gutachten eGRIS</td> <td>60'000.00</td> </tr> <tr> <td>BEDAG</td> <td>Analyse GBDBS</td> <td>35'000.00</td> </tr> </table>	Eisenhut Informatik AG		52'336.65	zhaw (PD Dr. A. Abegg)	Formulierung Gesuch SNF	30'000.00	innoq Schweiz GmbH	Konzeption und Spez BPEL	142'354.80	innoq Schweiz GmbH	Konzeption el. Geschäftsverkehr	29'111.85	Eisenhut Informatik AG	Erarbeitung Schnittstelle GBDBS	11'959.75	N+W Informatik GmbH	Diverses	110'000.00	KSTA (PD Dr. A. Abegg)	Gutachten eGRIS	60'000.00	BEDAG	Analyse GBDBS	35'000.00
Eisenhut Informatik AG		52'336.65																							
zhaw (PD Dr. A. Abegg)	Formulierung Gesuch SNF	30'000.00																							
innoq Schweiz GmbH	Konzeption und Spez BPEL	142'354.80																							
innoq Schweiz GmbH	Konzeption el. Geschäftsverkehr	29'111.85																							
Eisenhut Informatik AG	Erarbeitung Schnittstelle GBDBS	11'959.75																							
N+W Informatik GmbH	Diverses	110'000.00																							
KSTA (PD Dr. A. Abegg)	Gutachten eGRIS	60'000.00																							
BEDAG	Analyse GBDBS	35'000.00																							

	keyon AG Externes Sicherheitskonzept 55'952.00 TOTAL CHF 526'715.05
Erstellte Ergebnisse	Mit den E-Gov-Mittel wurden Voraussetzungen für folgende Dienstleistungen geschaffen: <ul style="list-style-type: none"> • Governance Erarbeitung einer Diskussionsgrundlage für die Kantone für eine Public-Private-Partnership mit SIX Group, auf dessen Basis die Eigentumsverhältnisse, die Rollenverteilung und die langfristige Zusammenarbeit geregelt wird. • Auftrag Studie Nationalfonds Erarbeitung eines Studienauftrags zu Händen des Nationalfonds im Zusammenhang mit den Veränderungen rund um die Informatisierung des Geschäfts mit dem Grundbuch. • Auskunftsportale Terravis Im heterogenen Umfeld des Grundbuchs wurde eine standardisierte Export-Schnittstelle definiert, getestet und seit dem 1.11.10 erfolgreich produktiv eingesetzt. • Elektronischer Geschäftsverkehr Terravis Es konnten wichtige Grundlagen erarbeitet werden, welche für den künftigen elektronischen Geschäftsverkehr zwischen den Grundbuchämtern, den Notaren und den Kreditinstituten ab 1.1.2012 in Einsatz kommen werden.
Ausblick	In den Jahren 2011 und 2012 sind folgende Arbeitspakete geplant: <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen auf Ebene Bund und Kantone • Die Digitalisierung der Grundbücher • Die Anpassung der Grundbuch- und Bankensysteme • Aufbau des Auskunftsportale Terravis • Aufbau des Datenbezugs Terravis • Aufbau des elektronischen Geschäftsverkehrs (eGV) <p>Mit den eingesetzten Mittel werden die Grundlagen geschaffen, so dass die geplanten Vorhaben in der für die Wirtschaft benötigten Form so rasch als möglich umgesetzt werden können. Das Interesse der Kreditinstitute und weiteren künftigen Nutzern ist nachgewiesen. Die erste Dienstleistung (Auskunftsportale) wird ab November 2010 als Pilotbetrieb starten.</p>
Fazit	Da die Kantone ihre eigenen Interessen verfolgen und im Umfeld des Grundbuchs keine festen, schweizweite Strukturen mit Finanzkompetenz existieren, ist eine zeitkritische Umsetzung des Projekts unter normalen Voraussetzungen unmöglich. Die E-Gov-Mittel haben einen Teil dieses Vakuums aufgefüllt. Primär konnten die Kantone durch den Nutzen, welcher eGRIS stiftet, vom Vorhaben überzeugt werden; zweitens durch die Hochstufung als priorisiertes Projekt und drittens durch die E-Gov-Mittel. Ohne die Unterstützung wären zeitliche Verzögerungen von 1 – 2 Jahren entstanden, was folgende Konsequenzen nach sich gezogen hätte: <ul style="list-style-type: none"> • Die Einsparungen wären für alle Anspruchsgruppen später angefallen. Ärgerlich dabei ist, dass solche Kosten in keiner Buchhaltung auftauchen und dementsprechend immer unter den Tisch fallen. • Der wichtige psychologische Effekt eines erfolgreichen Projekts ist viel kleiner, kann bei grossen Verzögerungen schnell ins Minus kippen

	<ul style="list-style-type: none"> eGRIS profitiert vom Umstand, dass zur Zeit die gesetzliche Grundlage angepasst und die digitale Signatur eingeführt wird. Somit ist eine gegenseitige Abstimmung viel einfacher und effizienter.
--	---

A2.05 Parkkarte beantragen und bezahlen

Projektname	Konzeptarbeiten Parkkarte beantragen und bezahlen
Kurzbeschreibung	<p>Das Vorhaben A2.05 hat zum Ziel, dass Park- und Zufahrtsbewilligungen (insbesondere für Anwohner, Besucher und Gewerbetreibende) elektronisch beantragt und bezahlt werden können.</p> <p>Der Aspekt der Kontrolle wurde nachträglicher Bestandteil des Konzeptes. Somit müsste die Kurzbeschreibung des Vorhabens neu wie folgt lauten: A2.05 Parkkarten beantragen, bezahlen und kontrollieren.</p>
Mittleinsatz	<p>Für die methodische Unterstützung und Sicherstellung der Vorhabensunterstützung, die Entwicklung einer Arbeitsorganisation, die Organisation und Durchführung von Workshops, die Durchführung der Ist- und Bedürfnis-Analyse inkl. Online Umfrage und Interviews sowie die Erarbeitung des Organisation- und Finanzierungskonzeptes wurden CHF 61'780.- eingesetzt.</p> <p>Das technische Grobkonzept sowie die technische Beratung lösten einen Aufwand von CHF 26'114.50 aus.</p> <p>Für die Arbeiten und Unterstützung der Stadt Biel/Bienne wurden CHF 21'600.70 eingesetzt.</p> <p>Dies ergibt einen Mittleinsatz von CHF 109'585.20</p>
Erstellte Ergebnisse	<p>Folgende Ergebnisse wurden erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> Erarbeitung einer Ist-Analyse: Im Frühsommer 2010 wurden alle Schweizer Städte und Gemeinden eingeladen, sich an einer Online-Umfrage zum Thema „elektronische Park- und Zufahrtsbewilligungen“ zu beteiligen. Dabei wurde einerseits der Stand der Arbeiten in den Gemeinden erfragt, andererseits die Bedürfnisse der Akteure in dieser Thematik. Zudem wurden punktuelle Interviews durchgeführt. Ausarbeitung einer Technologie- und Marktübersicht: Diese war für die Standortbestimmung und ist als Grundlage für das weitere Vorgehen essentiell. Inhaltlich war insbesondere die Unterscheidung der Bewilligungsarten (Tagesbewilligungen, Jahresbewilligungen, Zufahrtsbewilligungen) relevant. Aufbau einer pragmatischen Arbeitsorganisation Erarbeitung eines Konzepts im Bereich Organisation und Finanzierung sowie das Grundgerüst eines technischen Grobkonzeptes
Ausblick	<p>Das Projekt wird durch die Arbeitsgruppe AGSGI SIK getragen. Für die Organisation ist deshalb die Nachhaltigkeit gegeben. Allerdings basiert die Arbeit der AGSGI SIK auf dem Milizprinzip. Für die konkrete Realisierung sind finanzielle Beteiligungen der involvierten Gemeinden zwar absehbar. Für den Aufwand der Koordination, resp. für weitere Grundlagenarbeit wären jedoch zentrale Finanzierungsmöglichkeiten äusserst zweckmässig.</p> <p>Für die nächsten Jahre sind folgende Arbeitspakete geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> Fertigstellung des technischen Grobkonzeptes Erstellung eines Pflichtenheftes für die Ausschreibung Bildung von Konsortien

	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung von technischen Lösungen • eCH Standards & bestpractices aus Umsetzung
Fazit	<p>Die ffO, die SIK-Arbeitsgruppe Städte- und Gemeindefinformatik, funktioniert nach dem Milizprinzip und verfügte über kein eigenes Budget, um die Kosten für die Konzeptphase zu decken. Andere Finanzierungsoptionen (wären zwar grundsätzlich möglich gewesen, die dazu notwendigen Abklärungsarbeiten hätten die Umsetzung des Vorhabens aber massiv verzögert und ihrerseits Kosten generiert. Dabei hätten wohl verschiedene Gemeinden nicht auf das koordinierte Vorhaben Rücksicht genommen und wären eigenständig aktiv geworden, ohne sich mit anderen Gemeinden und Akteuren abzustimmen. Insofern wirkte die Mittelsprechung im Rahmen des Paketes E-Government der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen ganz klar beschleunigend. Für die Grundlagenarbeit (Analysephase, Konzeptphase) wäre jedoch keine finanzielle Beteiligung möglich gewesen. Ohne die finanzielle Unterstützung seitens EGov Schweiz hätte die Grundlagenarbeit vermutlich gar nicht finanziert werden können.</p>

A2.06 Suchen und Melden von Fundgegenständen

Projektname	Erarbeitung Konzept
Kurzbeschreibung	<p>Die Meldung von oder die Suche nach Fundgegenständen kann bei der dafür vorgesehenen Stelle (meist kommunales Fundbüro) elektronisch abgewickelt werden. Auch die entsprechende Rückmeldung des Fundbüros erfolgt elektronisch.</p> <p>Durch die dezentrale Organisation der Fundbüros muss der Suchende wissen, wo er seinen Gegenstand verloren hat, um beim richtigen Fundbüro nachfragen zu können.</p> <p>Mit einem nationalen Single Point of Contact, welcher Daten mit allen Fundbüros austauschen kann, könnte die Suche vereinfacht werden.</p> <p>Die Abgabe von Fundgegenständen soll wie bis anhin in allen Fundbüros der Schweiz möglich sein.</p>
Mitteleinsatz	Für Projektleitung wurden CHF 7'000.- verwendet. Die Erarbeitung der Ist-Analyse und Sollkonzept ist mit CHF 25'000.- verrechnet worden. Dies ergibt ein Total von CHF 32'000.-
Erstellte Ergebnisse	<p>Im Projekthandbuch wurden folgende Lieferobjekte für die Phase I festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ist-Analyse • Mögliche Lösungen und Umsetzungsmöglichkeiten • Sollkonzept <p>Diese Dokumente liegen vor.</p>
Ausblick	<p>Das Projekt zeigt auf, wie der bestehende Dienst «Fundservice Schweiz» ohne grossen finanziellen Aufwand in «ch.ch» angeboten werden kann. Wenn dieser Auftritt publik gemacht wird und sich damit die Kantone und Gemeinden dem Service anschliessen, wird das Ziel erreicht, dass die Bevölkerung einfacher verlorene oder gefundene Gegenstände melden und die Vermittlungsquote von Fundgegenständen schweizweit gesteigert werden kann.</p> <p>Die Projektgruppe stellt einen Antrag an «ch.ch» den Dienst «Fundservice Schweiz» anzubieten. Da der finanzielle Aufwand dafür gering ist, kann das Vorhaben im Jahr 2011 realisiert werden, falls «ch.ch» dazu bereit ist.</p>
Fazit	Die finanzielle Unterstützung hat das Projekt überhaupt ermöglicht. Sie hat erlaubt externe Fachkräfte zu engagieren. Die Projektgruppe als Milizgremi-

	um wäre nicht in der Lage gewesen die anfallenden Arbeiten auszuführen. Durch eine einfache Ist-Analyse konnten bereits bestehende Lösungen gefunden werden, welche nun koordiniert und schweizweit ausgerollt werden können.
--	---

A2.10 Bewilligungen im Bereich Arbeit

Projektname	„Bewilligungen im Bereich Arbeit“ – Erstellung Konzept
Kurzbeschreibung	<p>Im „Katalog priorisierter Vorhaben“ der E-Government-Strategie Schweiz wird unter A2.10 das Vorhaben „Bewilligungen im Bereich Arbeit“ aufgeführt, mit folgendem Zielzustand:</p> <p><i>„Unternehmen können Gesuche/Anträge für Bewilligungen im Bereich Arbeit (insbesondere zu Arbeitszeit, Kurzarbeitszeit, Berufsausübung und Ausländer) elektronisch einreichen. Der Status des Gesuches, sowie der Entscheid selbst werden durch die Behörden den Unternehmungen elektronisch zur Verfügung gestellt.“</i></p> <p>Mit den Mitteln aus der Stabi3eGov – Unterstützung konnte der VSSA in seiner Rolle die Konzeptphase durchführen. Folgende Elemente sind in dieser Phase vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Planung und Grundlagenbeschaffung • Bestandesaufnahme • Entwurf eines Organisations- und Finanzierungskonzeptes, Roadmap • Vorbereitung Umsetzung • Abschluss der Konzeptphase
Mitteinsatz	Für die Arbeiten des VSAA (Projektmanagement) und den Einbezug externer Unterstützung für die Konzeptentwicklung (Analyse, Workshops, Erarbeitung Konzept) wurde ein Betrag von CHF 105'000.- eingesetzt.
Erstellte Ergebnisse	<p>Folgende Ergebnisse wurden erarbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bestandesaufnahme: Im Rahmen einer Ist-Analyse konnte der Stand der Umsetzung von elektronischen Lösungen zur Beantragung von Bewilligungen im Bereich Arbeit auf Stufe Bund und Kantonen eruiert werden. • Organisations- und Finanzierungskonzept, Roadmap: Basierend auf der Ist-Analyse wurden Vorschläge für die Organisation, Finanzierung und Etappierung der Umsetzung des Vorhabens erarbeitet. • Vorbereitung der Umsetzung: Im Rahmen der Vernehmlassung dieser detaillierten Vorschläge bei den involvierten Entscheidungsträgern wurde deutlich, dass die betroffenen Behörden andere Vorstellungen von der Umsetzung des Vorhabens haben.
Ausblick	<p>Die Finanzierung ist für den Bereich Kurzarbeitsentschädigung sichergestellt.</p> <p>Die Umsetzung der Arbeitszeitbewilligungen wird ebenfalls vorangetrieben, die Erreichung der gesetzten E-Government-Ziele in diesem Bereich zu unterstützen.</p> <p>Der Bereich der Arbeitsbewilligungen für Ausländer wird auf weitere Prozesse des Ausländerrechts ausgedehnt. Entsprechend muss in einem ersten Schritt der Umfang des Vorhabens durch die beteiligten Akteure klar definiert werden. Darauf aufbauend können Organisation und Finanzierung geplant werden. Die Konzeptphase hat jedoch wichtige Grundlagen für dieses Vorhaben bereits erarbeitet.</p> <p>Der VSAA wird dafür besorgt sein, dass diese Erkenntnisse nicht verloren gehen, sondern an die neue federführende Organisation weitergegeben</p>

	<p>werden.</p> <p>Das Vorhaben wird im bisherigen Umfang nicht fortgeführt. Die skizzierten Ziele werden in mehreren Teilbereichen weiterverfolgt. Im Fokus steht hierbei die Realisierung der verschiedenen Teilbereiche</p>
Fazit	<p>E-Government Schweiz, respektive die priorisierten Vorhaben waren auf Seiten der betroffenen Akteure noch kein grosses Thema. Ohne Anschubsfinanzierung hätte der VSAA die nötigen Koordinationsaufwendungen nicht erbringen können aus Mangel an fachlichen und zeitlichen Ressourcen. Die Finanzierung durch das Stabilisierungspaket von E-Government Schweiz ermöglichte es dem Verband, die Federführung für die Konzeptphase zu übernehmen. Die beteiligten Bundesstellen (SECO, BFM) wurden auch für eine Federführerschaft angefragt, waren jedoch nur für eine Beteiligung zu gewinnen.</p>

B1.02 Rechtsgrundlagen

Projektname	Konzept Rechtsgrundlagen für E-Government in der Schweiz
Kurzbeschreibung	<p>Das Projekt steht in engem Bezug zum Bundesratsauftrag an das EJPD vom 11. Juni 2010 bzgl. Sicherstellung der für die erfolgreiche Umsetzung der Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz erforderlichen Rechtsgrundlagen. Das BJ hat die Federführung für das Vorhaben B1.02 gemäss Beschluss des Steuerungsausschusses vom 4. November übernommen. Die vom ehemaligen ffO ISB eingeleiteten Grundlagenarbeiten, sowie die anlässlich des ffO-Workshops vom 18. Juni 2009 erarbeiteten Resultate zum Thema rechtliche Rahmenbedingungen im E-Government, sollten priorisiert, bewertet und, wo möglich, sinnvoll konkretisiert werden.</p>
Mitteleinsatz	<p>Mit CHF 120'000.- wurden 4 Partner/externe Dienstleister für folgende Leistungen beauftragt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von je einem Workshop mit den ffO, den kantonalen eGov Stellen, die Vorarbeiten in diesem Gebiet bereits geleistet haben, resp. den kantonalen Datenschutzbeauftragten, sowie Ausarbeitung eines Vorschlags zur Umsetzung der Ergebnisse - Review und kritische Würdigung des Katalogs von Lücken und/oder Schranken in der aktuellen Gesetzgebung, welche E-Gov Projekte erschweren und/oder verunmöglichen; Erarbeitung einer Mustergesetzgebung für den Trägerwandel (Papier → digital signierte Dokumente), sowie Erarbeitung eines Konzeptentwurfs für das weitere Vorgehen im Vorhaben B1.02 - Initialisierung und Unterstützung der notwendig werdenden Revisionen der Notariatsgesetze und -verordnungen
Erstellte Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Ein Katalog von Lücken und/oder Schranken in der aktuellen Gesetzgebung, welche E-Gov Projekte erschweren und/oder verunmöglichen - Eine Mustergesetzgebung für die Kantone bezüglich elektronischer öffentlicher Beurkundung - Ein Konzeptentwurf für das weitere Vorgehen im Vorhaben B1.02
Ausblick	<p>Im Rahmen des BR-Auftrags ist auf der Basis des Berichtes über die Ergebnisse des Prüfauftrages „Sicherstellung der Rechtsgrundlagen“ – dem Bundesrat bis Ende 2011 ein vernehmlassungsreifer Vorentwurf mit erläuterndem Bericht für die erforderlichen Rechtsgrundlagen zu unterbreiten.</p>
Fazit	<p>Die Unterstützung hat das Projekt überhaupt ermöglicht. Andernfalls wäre die Konzeptphase und somit die Gründung einer soliden Basis für das weitere Vorgehen in diesem Vorhaben weiterhin verzögert. Dies hätte weiterhin unkoordinierte Lösung von rechtlichen Fragen und damit ungenutzte Synergieeffekte zu Folge.</p>

B1.06 E-Government Architektur Schweiz

Projektname	Konsolidierung und Promotion von Architekturergebnissen zur „Vernetzten Verwaltung“
Kurzbeschreibung	Die in den priorisierten Voraussetzungsvorhaben (B1.06, B1.03, B2.01, B2.02, B2.04, B2.06) bereits erarbeiteten bzw. noch geplanten architekturrelevanten Ergebnisse sollten identifiziert werden, sowie mit geeigneten Massnahmen zusammengeführt und inhaltlich abgestimmt werden.
Mittleinsatz	Mit CHF 70'000.- wurden folgende Teilprojekte durch zwei externe Dienstleister durchgeführt: - Architekturübersicht zur „Vernetzten Verwaltung Schweiz“, CHF 35'000.- - Vernetzte Verwaltung Schweiz – Bestandesaufnahme und GAP-Analyse zu ausgewählten priorisierten Voraussetzungsvorhaben, CHF 35'000.-
Erstellte Ergebnisse	- Bericht „Architekturüberwicht zum Informationsverbund Vernetzte Verwaltung Schweiz“ Analyse zu ausgewählten Voraussetzungsvorhaben betreffend Lücken und Widersprüchen und Ausarbeitung eines Gesamtbilds der relevanten Elemente zur Architektur des Informationsverbundes „Vernetzte Verwaltung Schweiz“ - Bericht „Vernetzte Verwaltung Schweiz – Bestandesaufnahme und GAP-Analyse zu ausgewählten priorisierten Voraussetzungsvorhaben“ Identifikation von verschiedenen Probleme bei der Vorbereitung, Umsetzung, Verbreitung, Inbetriebnahme und Pflege der Ergebnisse der erwähnten priorisierten Vorhaben, sowie ggf. Vorschläge für geeignete Massnahmen.
Ausblick	Die involvierten ffO werden im Nachgang zu diesem Projekt ein gemeinsames Vorgehen der priorisierten Vorhaben prüfen und mit der Geschäftsstelle E-Government CH die weiteren Schritte abstimmen.
Fazit	Mit den finanziellen Mitteln konnten die Architekturergebnisse verschiedener Voraussetzungsvorhaben übergreifend zusammengeführt werden. Damit ist die Basis für die weitere vorhabenübergreifende fachliche Zusammenarbeit gelegt und die Architekturergebnisse können nun zielführend für die „Vernetzte Verwaltung Schweiz“ weiterentwickelt und konsolidiert werden. Die <i>Architekturübersicht</i> richtet sich primär an Fachleute und soll zukünftig als Orientierungsrahmen für eine vertiefte inhaltliche Zusammenarbeit und Koordination zwischen den E-Government-Umsetzern dienen; Die Ergebnisse der <i>Bestandesaufnahme und Gap-Analyse</i> werden aufgenommen in die durchzuführende Erneuerung der Rahmenvereinbarung zur E-Government Zusammenarbeit und in die Überprüfung der E-Government Strategie Schweiz.

B1.08 Standardisierung der Unternehmens- und Lohndaten

Projektname	- IAM für Unternehmen - Swissdec Business Dossier
Kurzbeschreibung	2 Projekte wurden im Rahmen dieses Vorhabens unterstützt: 1. IAM für Unternehmen: Erweiterung der Standardisierung des Lohnstandard-CH (ELM) durch die digitale Unternehmens-Signatur: Das IAM (Identity and Access Management) soll für die Unternehmen erweitert werden. Die Buchhaltungen (FIBU/LOBU) und die Finanzverantwortlichen bzw. Buchhalter müssen zur sicheren Datenübermittlung und Portal-Logins befähigt werden. Die Sicherheit wird mittels Unternehmens-Zertifikaten gelöst. Dazu braucht es Richtlinien und Module für die Softwarehersteller, im Umfang analog der aktuellen Unterstützung im Lohnstandard-CH (ELM). 2. Swissdec Business Dossier: eine Werbekampagne zum Rollout des Lohnstandards-CH (ELM)

Mittleinsatz	<p>1. IAM für Unternehmen Spezifikations- und Koordinationsaufwand CHF 18'587.40 der Stakeholder Analyse, Design und Implementierung CHF 24'163.50 Entwicklung und Aufbau Prototyp CHF 22'304.80 Konzeptbericht und Phasenabschluss CHF 18'587.40 Mwst. CHF 6524.18 Total CHF 90'000</p> <p>2. Business Dossier Konzeptarbeit CHF 10'000 Redaktionelle Arbeit CHF 20'000 Grafiken: CHF 10'000 Produktion des 10'000 CHF 46'000 Expl. Dossier durch WEKA Total CHF 86'000</p>
Erstellte Ergebnisse	<p>1. IAM für Unternehmen: ein einfacher Prototyp wurde erstellt; Für diesen Prototyp mussten folgende Teile entwickelt werden: IdP (STS) eine eigene Lösung musste aufgebaut werden, da der Post IdP nicht korrekt funktio-nierte. Allerdings war geplant, später den Post-IdP zu verwenden. LoBu (Client) Transmitter zur Simulation einer Unternehmens-Lohnbuchhaltung bzw. der Kommu-nikation zum IdP und dann zur Signierung der Daten, die mit dem Token an den Distributor gesendet werden. Distributor (SP) Ein spezieller Distributor zur Prüfung der Token und Verteilung der Lohndaten. Im Use Case MWST wird die Signatur transparent weiterge-reicht. Endempfänger (SP) Im Use Case MWST wird die Signatur am Ende der Übertra-gungskette noch einmal geprüft (End-to-End Signature). 2. Swissdec Business Dossier</p>
Ausblick	<p>1. IAM für Unternehmen Konzeptbericht und Prototyp werden mit der ESTV und ISB besprochen, abge-stimmt und das weitere Vorgehen beschlossen. Swissdec nimmt Einsitz im Vorhaben "Claim Assertion Service für Unterneh-men" (Firmen-Authentifikations-Verzeichnis). 2. Business Dossier Es sind diverse flankierende Marketingmassnahmen vorgesehen, sowohl qua-litativ, als auch quantitativ (s. Bericht im Anhang für detailliertere Informatio-nen)</p>
Fazit	<p>Im Bereich der Abstimmung und Koordination mit den unterschiedlichen Teilneh-mern konnte einiges verbessert werden. Die Zusammenarbeit hat zu einem ersten konkreten Informationsaustausch geführt. Im Bereich der SuisselD konnten erste Lösungen entwickelt werden. Dabei wur-den auch die Grenzen und die damit verbunden Probleme von qualifizierten Zerti-fikaten erkannt.</p>

B1.11 Schweizweiter Austauschstandard für elektronische Dossiers und Dokumente

Projektname	Umsetzungshilfen eCH-0039
Kurzbeschrei-bung	Der Austauschstandard eCH-0039 (E-Government-Schnittstelle für Dossiers und Dokumente) wurde in einer Arbeitsgruppe von eCH im Jahre 2008 entwickelt und in einer überarbeiteten Version vom Expertenausschuss am 13.06.2010 verab-schiedet. In Zusammenarbeit zwischen dem ISB und der Bundeskanzlei (Pro-

	<p>gramm GEVER Bund) wurde im Anschluss die Umsetzung und Weiterentwicklung des eCH-0039-Standards in die Wege geleitet. In diesem Rahmen erfolgte mit der Stabi3eGov Unterstützung die Erarbeitung der nachfolgend beschriebenen eCH-0039-Umsetzungshilfen.</p>
Mitteleinsatz	<p>Von den zugesprochenen CHF 170'000.- konnten für dieses Projekt CHF 76'000.- für folgende Arbeiten eingesetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung des eCH-0039 Simulators (funktionsfähiger Prototyp) und konzeptionelle Vorarbeiten für den eCH-0039 Handler, CHF 45'000.- - Auskunftstelle sowie Umsetzungshilfen z.H. der Anwendergruppen, welche den Standard in ihrem Fachbereich implementieren, CHF 31'000.-
Erstellte Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - eCH-0039-Simulator: durch diese Anwendung kann der Nachrichtenaustausch End-to-End geprüft werden; ein voll funktionsfähiger und projektintern abgenommener sowie dokumentierter Prototyp liegt vor - konzeptionelle Arbeiten zum eCH-0039-Handler: diese Anwendung ermöglicht dem Endanwender das Erstellen und Öffnen von eCH-0039-konformen Nachrichten; ein projektinterner Prototyp sowie ein abgenommenes Umsetzungskonzept liegen vor - Aufbau und Betrieb einer Fachauskunftstelle eCH-0039 mit verschiedenen Dienstleistungen für die Anwendergruppen
Ausblick	<p>Die Fertigstellung des eCH-0039 Toolsets wird 2011 mit eigenen Mitteln der Partner von B1.11 finanziert (Abschluss im 2. Quartal 2011)</p> <p>Die mit den Mitteln aus dem Stabi3eGov-Paket finanzierten Arbeiten der Fachauskunftsstelle wurden mit dem Abschluss des vorliegenden Projekts gezwungenermassen sistiert; die gratis-Dienstleistung kann aus finanziellen Gründen gegenwärtig nicht mehr angeboten werden.</p>
Fazit	<p>Durch das Anstreben einer raschen und standardkonforme Implementation, sowie Nutzung von eCH-0039 mit der Entwicklung des eCH-0039-Toolsets, wurde eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung der drei massgeblichen Interoperabilitätsziele der E-Government-Strategie Schweiz geschaffen.</p> <p>Mit der Fachauskunftsstelle eCH-0039 wurde eine Grundlage für die standardkonforme Verbreitung und die dezentrale Weiterentwicklung von eCH-0039-Nachrichtengruppen und dadurch für das nachhaltige Erreichen der in der E-Government-Strategie Schweiz genannten Interoperabilitätsziele gelegt.</p> <p>Es hat sich gezeigt, dass für ein komplexes Vorhaben in Bezug auf vielzählige Anforderungen seitens der Anwender zentral finanzierte und ansprechbare Kompetenzzentren unumgänglich sind.</p>

B1.12 Standardisierung von Objektdaten

Projektname	Aufbau und Arbeiten der eCH Fachgruppe Objektwesen
Kurzbeschreibung	<p>Das Objektwesen ist definiert durch die Ereignisse, Meldungen und Daten, welche in den folgenden Bereichen ausgetauscht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundstücke, Eigentümer, Rechte und Pflichten - Bauwesen, Lebenszyklus von Wohnbauten - Versicherung und Steuern mit Bezug zu Grund- und Wohneigentum <p>Das Projekt hat zum Ziel in diesem Bereich die Meldegründe und die auszutauschenden Daten in Form von Meldungen als eCH-Standards festzulegen.</p>
Mitteleinsatz	<p>Es wurden Mittel im Umfang von CHF 125'000 für die externe Projektunterstützung für folgende Leistungen ausgegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Planung und Vorbereitung der Workshops - Dokumentation der Resultate der Workshops - Aufarbeitung der Dokumentation

	- Konsolidierung der vorhandenen Dokumente und Erarbeitung von Draft Standards
Erstellte Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Konzeptpapier Objektwesen – legt die Grundlage, auf der die eCH-Standards für das Objektwesen aufgebaut werden; - Übersichtsstandard Objektwesen (eCH-0129) als fortgeschrittener Entwurf - Domänenstandards (Grundbuch, Bauwesen, amtliche Vermessung, Versicherungen, Steuern) sind als Meldungsliste mit klassifizierten Meldungen vorhanden - Glossar als Hilfsmittel (eCH-0127)
Ausblick	Die Fachgruppe wird die erarbeiteten Meldungslisten weiterhin diskutieren und finalisieren, um die Standards beim Expertenausschuss einzureichen. Die Weiterführung des Projekts hängt jedoch mit einem Finanzierungsantrag bei der SIK.
Fazit	Die finanzielle Unterstützung hat professionelle externe Projektunterstützung ermöglicht. Andernfalls wäre das Projekt sicher noch nicht auf dem heutigen Stand. Es ist sehr schwierig eine ffO zu finden, die sich für solche übergeordneten Standardisierungen eignet. Die Umsetzung von Grundlagen, welche mehrere unabhängige Domänen tangieren ist nicht (einfach) möglich, wenn es keine „natürliche“ klare ffO gibt.

B2.04 Dienst für elektronische Formulare

Projektname	Suite Open eGov CH																				
Kurzbeschreibung	Das SECO möchte sein Portfolio von eGovernment Anwendungen, welche in Eigenregie oder in Zusammenarbeit mit anderen Bundesämtern entwickelt wurden und im Moment in verschiedenen Hostingumgebungen betrieben werden, weiter ausbauen und den Betrieb unter einem Dach konsolidieren. Das Projekt hatte zum Ziel den Aufbau und die Inbetriebnahme einer Infrastruktur eGov CH, welche mehrere Datenbanken und Leistungen integriert.																				
Mitteleinsatz	<p>Folgende Leistungen/Produkte wurden von mehreren externen Dienstleistern bezogen:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Wartung Anwendung Reference eGov CH</td> <td style="text-align: right;">CHF 12'000</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Serveranlagen</td> <td style="text-align: right;">CHF 135'000</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Firewalls, Switches</td> <td style="text-align: right;">CHF 32'000</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Software PSS</td> <td style="text-align: right;">CHF 24'000</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Installation, Inbetriebsetzung</td> <td style="text-align: right;">CHF 28'500</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Installation und Inbetriebsetzung</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 40px;">Anwendungen von „Suite Open eGov CH“</td> <td style="text-align: right;">CHF 62'000</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Wartung</td> <td style="text-align: right;">CHF 9'700</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">- Release eGov Verzeichnis v2.0</td> <td style="text-align: right;">CHF 48'000</td> </tr> <tr> <td style="padding-left: 20px;">Total</td> <td style="text-align: right;">CHF 350'000</td> </tr> </table>	- Wartung Anwendung Reference eGov CH	CHF 12'000	- Serveranlagen	CHF 135'000	- Firewalls, Switches	CHF 32'000	- Software PSS	CHF 24'000	- Installation, Inbetriebsetzung	CHF 28'500	Installation und Inbetriebsetzung		Anwendungen von „Suite Open eGov CH“	CHF 62'000	- Wartung	CHF 9'700	- Release eGov Verzeichnis v2.0	CHF 48'000	Total	CHF 350'000
- Wartung Anwendung Reference eGov CH	CHF 12'000																				
- Serveranlagen	CHF 135'000																				
- Firewalls, Switches	CHF 32'000																				
- Software PSS	CHF 24'000																				
- Installation, Inbetriebsetzung	CHF 28'500																				
Installation und Inbetriebsetzung																					
Anwendungen von „Suite Open eGov CH“	CHF 62'000																				
- Wartung	CHF 9'700																				
- Release eGov Verzeichnis v2.0	CHF 48'000																				
Total	CHF 350'000																				
Erstellte Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Analyse der Bedürfnisse der Bundeseinheiten, sowie der Kantone und Gemeinden bezüglich E-Government Infrastrukturen und Spezifizierung - Konzeption des Hosting Center „Open eGov CH“, sowie Planung der Implementierung - Installation von Betriebsanlagen, Software und Infrastrukturen - Inbetriebnahme virtueller Geräte - Inbetriebnahme der Dienste - Einführung von Verfahren bzgl. Betrieb, Überwachungstools, sowie einer Informations- und Kommunikationsplattform 																				
Ausblick	<p>Kurzfristige Massnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung aller Dienstleistungen, die online gestellt wurden - Instandsetzung von Überwachungssystemen über kritische Elemente - Instandsetzung eines „Bug Tracker“ um Probleme zu verfolgen - Inbetriebnahme einer Informations- Dokumentations- und Kommunikationsplatt- 																				

	form für die Anwender, sowie eines HelpDesk - Releases für gewisse Applikationen - Entwicklung von spezifischen Web Services für Lieferanten - Entwicklung eines IAM-Dienstes Mittelfristig (ab 2012): - Nationale Organisationsstruktur eGovernment, welche den Betrieb und die Weiterentwicklung der Plattform übernimmt, organisational und auch finanziell.
Fazit	Die Ko-Finanzierung des Projekts durch Stabi3eGov ist entscheidend gewesen. Andernfalls wäre die Sicherstellung zentraler Infrastrukturen und damit das Ausbreiten des eGovernment Programms in den Kantonen und Gemeinden nicht möglich. Projektspezifisch hat es sich gezeigt, dass die Sicherstellung von Kollaborationsmitteln und die Unterstützung deren Verwendung sehr wichtig ist für eine erfolgreiche Umsetzung. Die Weiterführung der Infrastruktur „Open eGov CH“ läuft nur durch die Implementierung einer nationalen eGovernment Organisationsstruktur, welche unter anderem den Betrieb gemeinsamer eGovernment Infrastrukturen aller föderalen Ebenen übernehmen würde.

B2.06 Dienst für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung

Projektname	IAM-Lösungsarchitektur IAM-Plattform Reference eGov/Behördenverzeichnis
Kurzbeschreibung	Das Projekt hatte zum Ziel die Erarbeitung einer IAM-Lösungsarchitektur sowie die Verifizierung mittels eines „Proof of Concept“. Parallel dazu sollte die notwendige eCH-Standardisierung zeitgerecht vorangetrieben werden. Als Drittes sollten begleitend und unterstützend die organisatorischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Umsetzung des Vorhabens B2.06 und den nachfolgenden Betrieb erarbeitet werden. In einem Zusatzauftrag ab Mitte September 2010 sollte die Bedeutung des „Reference eGov“ als elektronisches Leistungsverzeichnis sowie des Behördenverzeichnisses für das IAM analysiert, deren Eingliederung in die E-Gov-Architektur konzipiert und das dazu notwendige Umsetzungskonzept erarbeitet werden.
Mittleinsatz	Folgende Teilprojekte (TP) wurden durch die Projektleitung sowie durch verschiedene externe Dienstleister realisiert - Projektleitung TP 1-4 CHF 140'000 - TP 1: Lösungsarchitektur CHF 221'000 - TP 1: „Proof of Concept“ CHF 292'000 - TP 2: Standardisierung CHF 62'000 - TP 3: Organisation CHF 66'000 - TP 4: Reference eGov/BV CHF 119'000 Total CHF 900'000
Erstellte Ergebnisse	- IAM-Lösungsarchitektur - „IAM-Prozesse“, in einem BPMN-Framework - 14 Teilkonzepte zum „Proof of Concept“ (PoC's) mit jeweiligem PoC-Konzeptbeschrieb und teilweise ausführlichen Detailkonzepten - Konzeptstudie zur „IAM-Organisation“ - 3 Mapping-Berichte - Securitybetrachtungen am Beispiel Projekt eGRIS - Reference eGov / BV „Einsatzkonzept“ - Reference eGov / BV „Umsetzungskonzept“
Ausblick	Es ist eine Folge von Aktivitäten geplant, welche weiter vorangetrieben werden auf

	den geschaffenen Grundlagen, sowie deren Federführung und Finanzierung (s. Anhang 2 Nachhaltigkeit Stabi3eGov B2.06, Roadmap des entsprechenden Berichtes im Anhang). Für die Fachgruppe IAM (ffO des Vorhabens) müssen die Aktivitäten zur Ausarbeitung der Standardisierungsresultate noch prioritär gesichert werden. Dies kann aber auch nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen für das Vorhaben B2.06, vorgegeben durch den Steuerungsausschuss E-Government so sind, dass die zur Weiterarbeit notwendigen Finanzen und Ressourcen substantiell sichergestellt werden können.
Fazit	Das breite Einsatzfeld dieser IAM-Infrastrukturlösung wurde breitgreifend angegangen und durch konzeptionelle Verifikationen mittels eines „Proof of Concept“ konkretisiert und noch wird. Viele laufende, anlaufende und geplante Projekte werden durch die erarbeitete Lösungsarchitektur und die PoC's unmittelbar nutzbringend unterstützt und vorangetrieben. Die Unterstützung war für das Vorhaben sehr wichtig, schnell wirksam und auch unmittelbar von reellem Nutzen. Die Unterstützung ist also gerade noch zum richtigen Zeitpunkt gekommen, da wichtige laufende Grossprojekte, wie IAM-SG, ASA2011, Insieme, eGRIS aktuellen Input liefern konnten, aber auch dass diese noch auf die erarbeitete angestrebte IAM-Lösungsarchitektur CH ausgerichtet werden konnten und können. Es hat einmal mehr gezeigt, dass sich bei einem komplexen, „explorativen“ Projekt mit wenigen fokussierten Workshops und einer netzwerkartigen, teilweise spontanen Organisation, aber mit dem notwendigen persönlichen Engagement der Beteiligten, ein ansehnliches und qualitativ gutes Resultat erreichen lässt. Das Getriebe dazu muss aber mit gezielten, schnell verfügbaren finanziellen Mitteln „geschmiert“ werden können.

B2.08 Elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsabwicklung

Projektname	Konzepterarbeitung B2.08
Kurzbeschreibung	Die EFV hat im April 2010 ihre Aktivitäten zur Federführung im Vorhaben B2.08 gestartet. Im Rahmen dieses Projekts wurde das Konzept für das Vorhaben (für CH-weiten Einsatz) erstellt. Die Initialisierung der Rolle der ffO wurde gestartet und wird bis Mitte 2011 abgeschlossen sein. Anschliessend erfolgt der eigentliche „Regelbetrieb“.
Mitteleinsatz	Es wurden Mittel im Umfang von CHF 50'000.- für die Begleitung bei der Erarbeitung des Konzepts eingesetzt.
Erstellte Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Initialisierung Rolle ffO - Realisierungskonzept Vorhaben B2.08 - Grundlagendokumenten und Instrumenten - Unterstützung der Koordination
Ausblick	<p>Das Konzept sieht einen Betrieb der ffO EFV und Abschluss des Vorhabens bis Ende 2016 vor. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die betroffenen Organisationseinheiten auf allen föderalen Stufen der Schweiz in der Lage sein, E-Rechnungen zu versenden und zu empfangen.</p> <p>Folgende nächste Meilensteine wurden festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommunikationskonzept erstellt und abgenommen (30.06.2011) - Einsitz in relevante Gremien sichergestellt (30.06.2011) - Organisation und Betrieb ffO EFV sichergestellt (30.06.2011) - Referenzprojekte umgesetzt (31.12.2013) - Anteil der E-Rechnungen im Geschäftsverkehr der öffentlichen Verwaltung überwiegt (Rechnungseingang: mindestens 60%, Rechnungsausgang: mindestens 20%) 31.12.2016
Fazit	Die Finanzierung hat die Funktion einer Anschubfinanzierung erfüllt. Sie ermög-

	<p>lichte die Grundlagenarbeit für den zukünftigen Betrieb der ffO EFV. Andernfalls wäre eine Verschiebung von mind. einem Jahr eingetreten. Mit der Unterstützung konnten die notwendigen Argumentarien und Grundlagen ausreichend definiert werden, damit über die nächsten Schritte in den jeweiligen Gremien entschieden werden konnte. Die künftige Finanzierung der ffO EFV und deren Dienstleistungen ist sichergestellt. Gestützt auf das erarbeitete Realisierungskonzept wurde eine zusätzliche Stelle für die Ausübung der Rolle ffO bewilligt und konnte besetzt werden. Die künftigen Kosten sind über das ordentliche Budget der EFV gedeckt.</p>
--	---

B2.09 Dienste für die elektronische Langzeitarchivierung

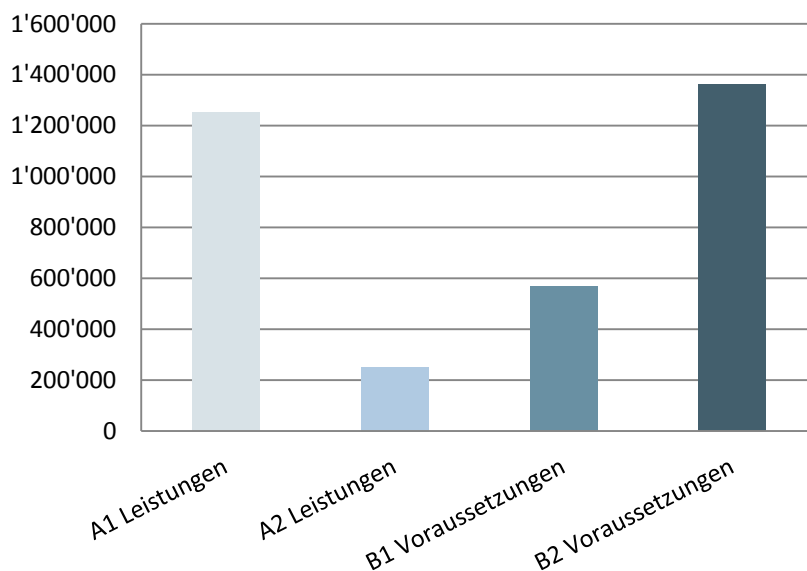
Projektname	Entwicklung Validator für Archiv-Ablieferungspakete (SIP-Validator)
Kurzbeschreibung	Es sollte eine Applikation entwickelt werden, die die Validierung eines <i>Submission Information Package</i> (SIP) gegenüber der entsprechenden Spezifikation des BAR ermöglicht. Dabei handelt es sich um eine Überprüfung, ob das SIP formal und inhaltlich den Vorgaben der Spezifikation entspricht.
Mitteleinsatz	Mit den beantragten Mitteln wurde ein externer Dienstleister beauftragt, den SIP-Validator nach den Vorgaben der KOST zu entwickeln. Für die Entwicklung des SIP-Validators wurden Mittel im Umfang von CHF 58'000.- verwendet.
Erstellte Ergebnisse	- Eine kompilierte Applikation sowie Quellcode für den SIP-Validators Release 1.0 Sämtliche Rechte an der entwickelten Software liegen bei der KOST, welche diese quelloffen und frei verfügbar machen und die Weiterentwicklung und Pflege gewährleisten wird.
Ausblick	Das BAR-SIP beruht auf weit akzeptierten Standards sowie auf archivischer Best Practice. Die KOST hat das BAR-SIP reviewt und als Teil ihrer Schnittstellen-Spezifikation für die digitale Archivierung übernommen. Deshalb kann das BAR-SIP nun als schweizweiter Standard für die Ablieferungsschnittstelle zum Archiv bezeichnet werden. Es ist zudem geplant, das BAR-SIP in den eCH-Standardisierungsprozess einzubringen. Neue Versionen des BAR-SIP werden vom BAR in Absprache mit der Archivkommunität kontrolliert spezifiziert werden. Es ist mittelfristig nur von geringen Updates auszugehen. Entsprechende Anpassungen des SIP-Validators werden aus dem normalen Budget der KOST bezahlt werden. Die KOST wird nach Abschluss der Entwicklung des SIP-Validators die entwickelten Software samt Quellcode und Dokumentation für die quelloffene Verbreitung vor- und aufbereiten. Zudem plant die KOST im Frühjahr ein SIP-Validator-Workshop für die interessierten Trägerarchive. Die Weiterentwicklung und Pflege des SIP-Validators wird aus dem normalen Budget der KOST bezahlt.
Fazit	Durch die Finanzierung des Projekts "SIP-Validator" im Rahmen des Paketes E-Government wurde eine umgehende Realisierung ermöglicht. Ansonsten hätte das Projekt aus dem ordentlichen KOST-Budget finanziert werden müssen, was das Projekt (B2.09-P-I3 Validator für ein Ablieferungs-Package) mindestens um ein/zwei Jahr verzögert hätte.

4 Evaluation aus der Gesamtsicht

4.1 Mitteleinsatz

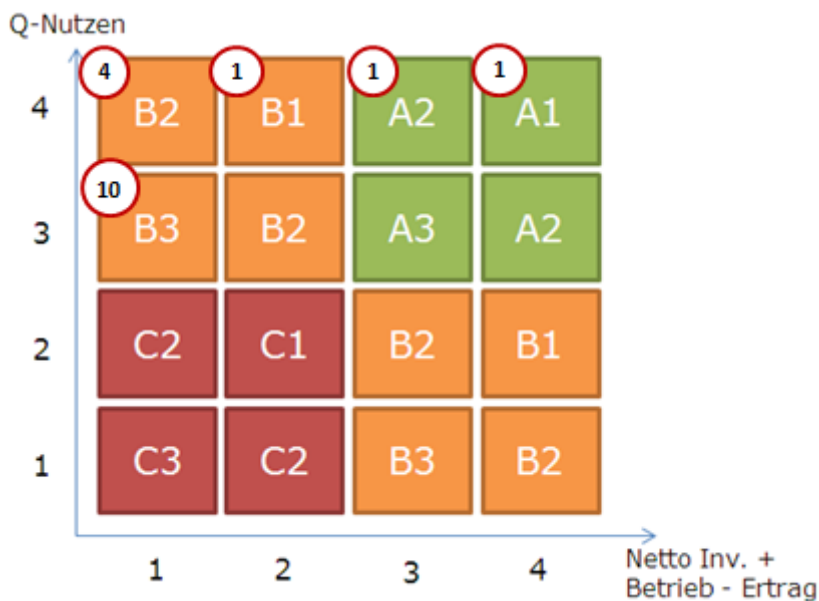
Mit dem Massnahmenpaket 1 „priorisierte Vorhaben“ wurden 17 priorisierten Vorhaben Mittel im Umfang von CHF 3'931'000 zugewiesen. Aufgrund von Verzögerungen beim Vertragsabschluss und der Rahmenbedingung, die Mittel bis Ende 2010 zu verbrauchen, mussten einzelne Projekte redimensioniert werden. So wurden CHF 3'751'000 verpflichtet, davon 1'225'000 in Form von Kreditabtretungen an die entsprechenden Einheiten der Bundesverwaltung. Bis Ende 2010 wurden CHF 3'640'000 verbraucht.

Folgende Darstellungen zeigen die Aufteilung der Mittel auf die priorisierten Leistungen/Voraussetzungen, bzw. die Positionierung der unterstützten Vorhaben in der Utilitas Matrix.⁶



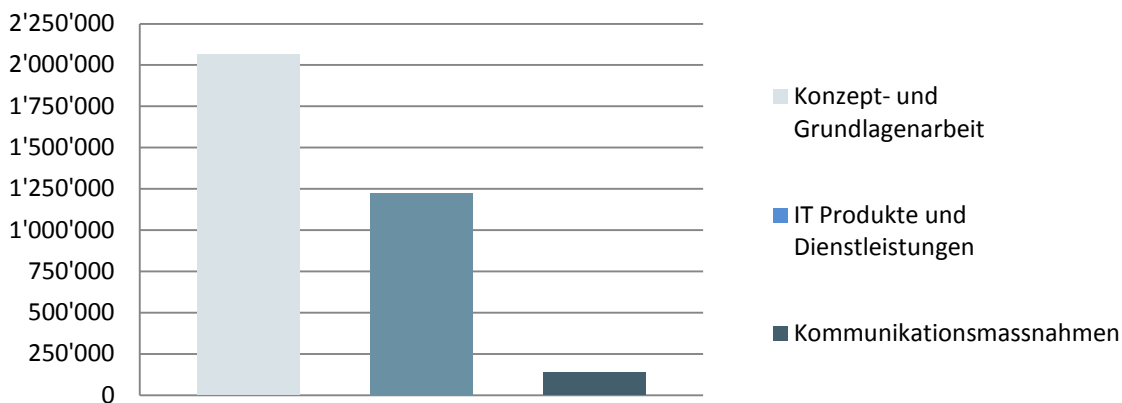
Der grösste Teil der Mittel ist in B2-Voraussetzungen eingeflossen. Dabei geht es um die Bereitstellung von Infrastrukturen und Diensten, welche für die Erbringung von Leistungen zentral sind. Den Schwerpunkt hier bildet das Vorhaben B2.06 „Dienst für die Identifikation und Berechtigungsverwaltung“, in dessen Rahmen vier parallele Teilprojekte umgesetzt worden sind. Bei den A1-Leistungen ist das Vorhaben A1.19 „Elektronisches Grundstück-Informationssystem“ das Schwerpunktthema.

⁶ Die Positionierung basiert auf der Erhebung vom Herbst 2010
http://www.egovernment.ch/dokumente/nutzenmodell/schlussbericht_rz_de.pdf



In Bezug auf die Positionierung in der Utilitas-Matrix, befindet sich der grösste Teil der unterstützten Vorhaben im Bereich B oben links. Dabei geht es um Vorhaben, welche keine Wirtschaftlichkeit beziffern können und sich nur aufgrund qualitativer Kriterien positionieren können. Hinsichtlich des Schwerpunktnutzens weisen alle unterstützten priorisierten Leistungen (8) das höchste Nutzenpotential im Bereich «Prozessoptimierung» auf, gefolgt von «Modernisierung/Image» und Qualitätssteigerung (bei 5, bzw. 4 priorisierten Leistungen). Bei den Voraussetzungen ergibt sich ein ähnliches Bild. Bei den meisten (6 von 9) liegt der Schwerpunktnutzen in der Prozessoptimierung, am zweitmeisten werden «Modernisierung» und «Qualitätssteigerung» vermutet, oder das Vorhaben wird als «Basisdienstleistung» deklariert.

Die ausgegebenen Mittel lassen sich auf verschiedene Aufwandpositionen wie folgt einteilen.



Die Aufwandpositionen sind im weitesten Sinne definiert. Unter Konzept- und Grundlagenarbeit fallen alle Initialisierungsarbeiten für die Vorbereitung der Konzeptphase, die Vorbereitung und Durchführung von Workshops inklusive Dokumentation, die Identifizierung von Standardisierungsbedarf und die Erarbeitung von –grundlagen, sowie Projektleitungsaufgaben.

Unter IT Produkte und Dienstleistungen sind sämtliche Ausgaben für Programmierungsarbeiten, IT-Support, qualitätssichernde Massnahmen sowie für die Beschaffung von Hardware-

Komponenten.

Zu den Kommunikationsmassnahmen gehören Massnahmen zur Verbreitung erstellter Lösungen, sei es in Form von Werbeprodukten oder von interaktiven Internetplattformen. Auch der Aufwand für Tagungen im grösseren Rahmen entfällt in diese Kategorie.

4.2 Zielerreichung

4.2.1 Stabi3eGov Ziele

Für die Mittelsprechung aus den Beiträgen aus den konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen des Bundes wurden folgende Ziele gesetzt:

Ziel	Zielerreichung
Auslösen eines Investitionsschubs zur Förderung der Schweizer Wirtschaft.	Ziel erreicht: Dieses Ziel wurden aus zwei Blickwinkeln erreicht: <ol style="list-style-type: none"> 1. Die angestossenen Vorhaben verbessern mit Innovationen den Wirtschaftsstandort Schweiz. 2. Bei fast allen Vorhaben, welche vom Stabi3eGov gefördert werden, kommen auch privatwirtschaftliche Unternehmen stark zum Zuge.
Massnahmen sollen nachhaltig sein. Das heisst über das Jahr 2010 Wirkung entfalten.	Ziel erreicht: Die Sicherstellung der Nachhaltigkeit war ein wesentliches Kriterium für die Auswahl der eingereichten Anträge. Aus den Schlussberichten konnte entnommen werden, dass die Vorhaben auch für die nächsten Jahre die Finanzierung sicherstellen können.
Einsatz der Massnahmen sind bis Ende 2010 begrenzt	Ziel erreicht: Es wurden nur Massnahmen, welche im Jahre 2010 umgesetzt werden bewilligt.

4.2.2 Grundsätze und Ziele der Strategie E-Government Schweiz

Folgende Ziele wurden aus Sicht der Strategie E-Government Schweiz festgelegt:

Ziel	Zielerreichung
Die Mittel sollen für E-Government Strategie konforme Massnahmen eingesetzt werden.	Ziel erreicht: Es wurden nur strategiekonforme Vorhaben unterstützt.
Der Fokus soll auf die priorisierten Vorhaben gerichtet werden.	Ziel erreicht: Es wurden nur priorisierte Vorhaben unterstützt.
Es soll der Grundsatz gelten, dass sämtliche Vorhaben des Kataloges der priorisierten Vorhaben gleich gewichtet werden.	Ziel erreicht: Sämtliche Anträge wurden anhand von transparenten und nachvollziehbaren Auswahlkriterien bestimmt.

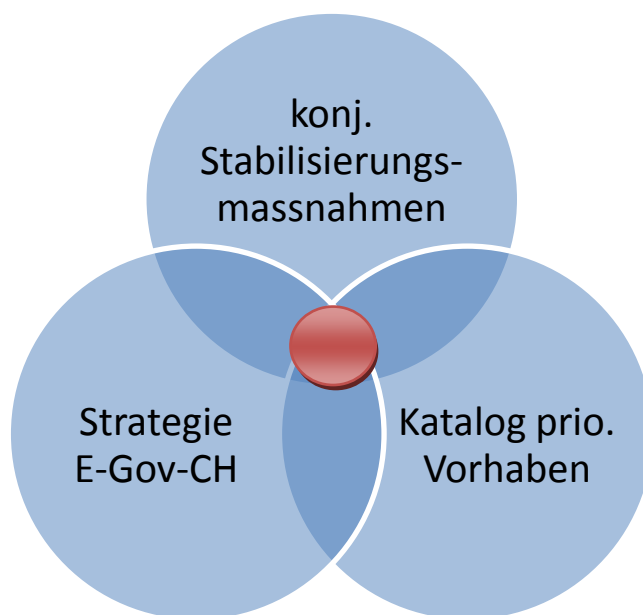
4.2.3 Ziele des Massnahmenpakets

Folgende Ziele wurden für das Massnahmenpaket definiert:

Ziel	Zielerreichung
Mit den eingesetzten Mittel sollen konkrete Erfolge generiert werden.	Ziel erreicht: Die unterstützten Vorhaben können einen konkreten Nutzen vorweisen.
Diese Erfolge sollen messbar sein.	Ziel erreicht: Die Messbarkeit der Ziele war Bedingung für die Unterstützung.
Der Einsatz der vorhandenen Mittel muss transparent erfolgen.	Ziel erreicht: Mitteleinsatz wurde eng überwacht und musste zweimonatlich der Geschäftsstelle E-Government Schweiz rapportiert werden.
Für alle priorisierten Vorhaben soll bis spätestens Ende 2010 die Konzeptphase abgeschlossen sein.	Ziel erreicht: Alle Vorhaben des priorisierten Katalogs haben die Konzeptphase abgeschlossen.
Vorhabensgefährdende Finanzierungslücken sollen geschlossen werden.	Ziel erreicht: Vorhaben mit Finanzierungslücken (insbesondere in der Startphase) wurden prioritär behandelt.
Mit den Massnahmen soll ein Beschleunigungs-Effekt generiert werden.	Ziel erreicht: Die Beschleunigung war ein Kernresultat der Unterstützung.
Die priorisierten Vorhaben und deren Projekte sollen gezielt gefördert und unterstützt werden	Ziel erreicht: Zielgerichteter Mitteleinsatz war Vorbedingung für die Unterstützung.
Lenkungsmaßnahmen sind nicht primäres Ziel. Die im Katalog aufgenommenen Vorhaben und Leistungen sind bereits priorisiert. Es soll vielmehr deren Weiterkommen gefördert werden.	Ziel erreicht: Alle Vorhaben des priorisierten Katalogs wurden identisch begutachtet und aufgrund von transparenten Kriterien beurteilt.

4.2.4 Fazit Zielerreichung

Die Ziele und Grundsätze sollen eine maximale Wirkung auf den E-Government Markt entfalten und das E-Government in der Schweiz einen deutlichen Schritt weiterbringen.



Durch den gezielten Mitteleinsatz konnten zentrale Vorhaben im Rahmen der E-Government

Strategie deblockiert und beschleunigt werden. Die Privatwirtschaft wurde involviert und gefördert und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz wurde mittelfristig gestärkt.

Durch die Breitenwirkung (es wurden 19 Projekte unterstützt) konnte eine Revitalisierung des E-Government Ansatzes in der ganzen Schweiz erreicht werden.

4.3 Risikomanagement und Qualitätssicherung

Es konnte festgestellt werden, dass das Risikomanagement und die Qualitätssicherung für die grosse Mehrheit der unterstützten Vorhaben ein fester Bestandteil des Projektmanagements ist. Folgende Risiken wurden häufig aufgenommen und mittels geeigneten Massnahmen adressiert:

- Die Vorhaben haben heterogenen Aufbau und eine hohe Komplexität.
- Die behördenübergreifende Zusammenarbeit führt zu Problemen und Missverständnissen.
- Die Erwartungshaltung der Stakeholder ist zu hoch oder divergiert.
- Die Akzeptanz der Stakeholder ist nicht vorhanden.
- Die Finanzierung kann nicht sichergestellt werden.
- Der Ressourceneinsatz ist zu knapp
- Die Umsetzung von Partialinteressen wird forciert.
- Divergierende Interessen und Interessenskonflikte blockieren das Vorhaben.
- Die Markteinmischung durch die öffentliche Verwaltung wird von den Lieferanten nicht gutiert.

Als Massnahmen wurden oft folgende Elemente aufgeführt:

- Der frühe Einbezug der wichtigsten Stakeholder wird sichergestellt.
- Es wird auf eine breite Abstützung der Stakeholder geachtet.
- Es wird ein pragmatisches und lösungsorientiertes Vorgehensmodell gewählt.

Die aktive Einbindung des Steuerungsausschusses wird forciert.

4.4 Projektmarketing

Die federführenden Organisationen haben ihre Projekte durch unterschiedliche Wege marketingmässig unterstützt. Vor allem bei den Vorhaben, die noch nicht in der Konzeptphase standen, war eine gezielte Kommunikations- und Sensibilisierungsarbeit für das Commitment der verschiedenen Akteure unabdingbar. Diese ffO bestätigen einmal mehr die Schwierigkeiten in Bezug auf die Sicherstellung der Ressourcen in der Anfangsphase und sehen die zentrale finanzielle Unterstützung äusserst zielführend für die Akzeptanz der ffO als Dreh- und Angelpunkt. Dies ist der Fall vor allem für Vorhaben auf Gemeindeebene, wo die Bereitschaft zur Finanzierungsbeteiligung für Grundlagenarbeiten relativ gering ist.

Unter den vielfach genutzten Marketinginstrumenten können Fachreferate, - publikationen, sowie aktive Information über die Plattformen der verschiedenen Gremien gezählt werden. Der direkte Kontakt in Form von Einzelgesprächen mit Kantonen und Gemeinden wurde und wird weiterhin gepflegt. Dies trifft auch für die Aufschaltung von Community- oder von Kollaborationsplattformen zu. Einzelne Vorhaben haben im Rahmen ihrer Projekte Websites aufgeschaltet, Newsletter lanciert und/oder planen Ausbildungsprogramme für die verschiedenen Anspruchsgruppen.

Ziel der Massnahmen ist auf der einen Seite, die gegründeten und bewährten Projektgremien beizubehalten und zu etablieren. Andererseits wird für bestimmte Lösungen/Hilfsmittel

eine möglichst breite Bekanntmachung angestrebt. Nicht zuletzt ist für bestimmte Vorhaben, resp. Teile davon Informations- und Sensibilisierungsarbeit weiterhin von grosser Bedeutung für den Aufbau der zukünftigen Organisation.

4.5 Lessons learned, Zusammenarbeit und Know-How Transfer

4.5.1 Perspektive ffO

Die folgenden drei wichtigsten Elemente wurden als lessons learned in den Schlussberichten aus Sicht der federführenden Organisationen aufgeführt:

1. Das Milizsystem stösst immer mehr an Ihre Grenzen. Insbesondere bei Projekten mit vielen Involvierten (vor allem auf Gemeindeebene) ist der Ressourceneinsatz schwierig zu koordinieren. Immer häufiger muss externe Unterstützung hinzugezogen werden. Sei es um Ressourcenengpässe aufzufangen oder die hohe Komplexität und der Knowhow-Bedarf durch Spezialisten abzudecken. Dies benötigt aber die notwendigen finanziellen Mittel.
2. Die Finanzierung der Vorhaben ist weiterhin ein wesentlicher Bremsklotz für eine erfolgreiche Umsetzung der E-Government Strategie Schweiz. Der grosse Andrang der Anträge für Stabi3eGov- Unterstützung zeigt dies gut auf. Vor allem die Startphase (Initialisierung und Konzept) ist für die ffOs schwierig zu finanzieren. Es ist zentral den Nutzen schon sehr früh in der Projektphase aufzuzeigen, um die beteiligten Stellen zu überzeugen sich aktiv an den Vorhaben (mit Ressourcen und finanziellen Mittel) zu beteiligen. Sind finanzielle Mittel vorhanden wird sehr effizient und zielgerichtet gearbeitet.
3. Koordination innerhalb und über die verschiedenen föderalen Ebenen ist dringend notwendig. Hier wird zum Teil auch nach einer zentralen Führung gerufen, welche die verschiedenen Anforderungen und Einzelinteressen koordinieren kann. Der Ruf nach einer stärkeren Involvierung des Steuerungsausschusses der E-Government Strategie Schweiz in die einzelnen Vorhaben konnte mehrfach vernommen werden. Auch die Koordination zwischen den verschiedenen Vorhaben muss verstärkt werden. Diesem Punkt nimmt sich die Geschäftsstelle E-Government Schweiz aktiv an.

4.5.2 Perspektive Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hat die unterstützten Vorhaben bei der Umsetzung laufend begleitet. Vor allem war die Geschäftsstelle enger bei den Vorhaben einbezogen, welche noch nicht in der Konzeptphase standen, durch Teilnahme in diversen Workshops sowie Projektausschüsse. Andere Projekte wurden aufgrund von fachspezifischen Kompetenzanforderungen nur punktuell unterstützt.

1. Die Zusammenarbeit mit den federführenden Organisationen hat sich aus Sicht der Geschäftsstelle in beiden Fällen als sehr konstruktiv und zufriedenstellend erwiesen. Neben der fachlichen Unterstützung einzelner ffO aus der übergeordneten Sicht, hat die Präsenz auch zur Sensibilisierung der Akteure über das E-Government Programm beigetragen. Vor allem an Projekten auf der Gemeindeebene hat es sich gezeigt, dass das Bewusstsein dafür noch relativ gering ist. Charakteristisch für die Gemeinden ist auch, dass das Interesse an die Erarbeitung von gemeinsamen Lösungen durchaus vorhanden ist. Meistens fehlen jedoch die Ressourcen, um eigen-

ständig an andere interessierte Gemeinden und Akteure zu gelangen und sich abzustimmen. Die zentrale finanzielle Unterstützung hat einen Teil dieses Vakuums aufgefüllt. Synergieeffekte wurden auch damit erzielt, dass durch die vielfachen Fachtaugungen und Workshops ein Austausch nicht nur über projektspezifische Themen, sondern über E-Government im Allgemeinen stattgefunden hat. Die Sensibilisierung hat bei einzelnen Vorhaben auch obere kantonale oder kommunale Führungsebenen erreicht.

2. Die Zusammenarbeit in Bezug auf den Prozess für die Umsetzung der Mittel ist in den meisten Fällen sehr gut und unkompliziert verlaufen. Die zeitliche und finanzielle Aufschlüsselung der Mittel, sowie das Projektcontrolling und der Rhythmus für die Berichterstattung stellten sich zweckmässig heraus. Als wichtiger Erfolgsfaktor dazu kann u.a. auch der frühe Einbezug und die transparente Kommunikation mit den Beteiligten gezählt werden. Durch die laufende Begleitung der ffO konnte die gemeinsame Grundlage für eine zielführende Zusammenarbeit befestigt werden. Insbesondere war dies wichtig für die neuen ffO, bzw. die Vorhaben, die noch nicht gestartet waren. Als einzige Schwierigkeit ergab sich die Regelung der Finanzmittelabtretung mit einzelnen Partnern, was aufgrund von langwierigen Vertragsverhandlungen die planmässige Umsetzung einzelner Projekte gehindert hat.
3. Es hat sich bei mehreren Vorhaben gezeigt, dass die Prüfung von vorhandenen Lösungen und allenfalls deren Übernahme sinnvoll ist, bevor Eigenentwicklungen in Betracht gezogen werden. Zudem ist die Tatsache bemerkenswert, dass sich Zielerfordernisse an E-Government Lösungen ergeben haben, die auf den ersten Blick nicht einsehbar sind. Diese Erkenntnis ist auch in Zusammenhang mit der Erarbeitung von Lösungen für Querschnitts-Vorhaben wichtig. So entstehen konstruktive Feedback-Schleifen zwischen E-Government Leistungen und Voraussetzungen.

5 Fazit

Das Stabi3eGov Paket hat in erster Linie die Funktion einer Anschubfinanzierung vollbracht. Die Gründung einer soliden Basis für das weitere Vorgehen der Vorhaben, die noch nicht in der Konzeptphase standen, wäre andernfalls in dem gegebenen Zeitraum kaum realisierbar. Dies nicht zuletzt wegen des in der Startphase benötigten Informations- und Koordinationsaufwands, welcher im Milizprinzip gar nicht möglich gewesen wäre. Im Durchschnitt rechnen die Vorhaben mit Verzögerungen von mindestens einem Jahr, wenn die finanzielle Unterstützung nicht stattgefunden hätte. Die Konsequenz daraus wäre eine unkoordinierte, eigenständige Erarbeitung von Lösungen und damit ungenutzte Synergiepotentiale. In einem Zeitpunkt wo Handlungsbedarf eindeutig vorhanden und die E-Government Strategie grösstenteils etabliert war, hätte sich die Entstehung von damit unvereinbaren Strukturen nur kontraproduktiv auswirken können.

Neben dem Anschubeffekt hat sich die Unterstützung bei mehreren Vorhaben wesentlich beschleunigend ausgewirkt. Blockaden, die aus finanziellen Engpässen entstanden waren, konnten durch die unmittelbare Verfügbarkeit der finanziellen Mittel aufgelöst werden. Zusätzlich konnte dadurch profitiert werden, dass ähnlich gelagerte Projekte parallel gelaufen sind und so eine Wechselwirkung mit aktuellen Inputs stattfinden konnte.

Mit einer gezielten und nur unter Erfüllung der definierten Kriterien erfolgten Förderung konnte die Umsetzung der priorisierten Vorhaben in einem Gesamtkontext abgestimmt werden. Die Forderung, bestimmte Projektanträge zu revidieren hat dazu geführt, dass das Herangehen überdacht wurde und zu mehr Koordination mit anderen betroffenen Vorhaben geführt hat.

Bedauerlicherweise wurde die Umsetzung von gewissen Projekten sehr langwierig aufgrund von mangelnder Bereitschaft der Beteiligten, den Lead zu übernehmen oder sich zu den Anliegen zu bekennen. Nur durch intensive politische Arbeit konnten die Zweifel beseitigt werden. Jedoch bleibt die Finanzierungsfrage in der Startphase und bei komplexen verwaltungsübergreifenden Vorhaben noch ungelöst.

Dank dem Stabilisierungspaket konnten alle priorisierten Vorhaben die Konzeptphase abschliessen und die Umsetzung des gesamten E-Government Programms konnte beschleunigt werden. Dies hat sich bestätigt im EU Benchmarking Report 2010, wo die Position der Schweiz wesentlich besser ist im Vergleich zum letzten Jahr. Koordination und Steuerung sind zweifellos weiterhin notwendig und wesentlich für das Vorantreiben der Strategieumsetzung. Die Beteuerung und das Verständnis für den Nutzen der Vorhaben ist grösstenteils unbestritten. Die Herausforderung der nächsten Zeit wird sein, im Zuge der Erneuerung der Rahmenvereinbarung den Erkenntnissen aus dieser Erfahrung und den Bedürfnissen der verschiedenen Stakeholdern gerecht zu werden.

Anhang I: Bewertungskriterien

Die eingereichten Anträge aller Tranchen wurden mittels den folgenden Bewertungskriterien evaluiert.

Ausgangslage

Die Kriterien zur Vergabe der Mittel aus dem E-Government Massnahmenpaket 1 (priorisierte Vorhaben) im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen leiten sich direkt aus folgenden Dokumenten ab:

1. Vorgaben aus der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen
2. Strategie und Rahmenvereinbarung E-Government Schweiz
3. Umsetzungskonzept zum Paket E-Government im Rahmen der dritten Stufe konjunktureller Stabilisierungsmassnahmen

1. Eignungskriterien

Die folgenden vier Kriterien (A) müssen zwingend erfüllt sein:

4. Konform mit den Zielen der Stabilisierungsmassnahmen
5. Konform mit den Zielen der E-Government Strategie
6. Eingabe erfolgt durch eine federführende Organisation (oder in deren Auftrag)
7. Eingereichter Antrag betrifft ein Projekt innerhalb eines priorisierten Vorhabens

Die Bewertung der einzelnen Kriterien erfolgt mit **erfüllt** (1) oder **nicht erfüllt** (0). Ist eines dieser Kriterien nicht oder nur teilweise erfüllt, so ist der Antrag zurückzuweisen.

2. Qualifizierende Kriterien

Die folgenden Kriterien (B) sind entsprechend der aufgeführten Gewichtung erwünscht und dienen als Grundlage zum Priorisieren bei der Mittelvergabe. Diese Kriterien müssen nicht zwingend erfüllt werden. Sie dienen vielmehr der Bewertung der Anträge und als Hilfestellung für die Beurteilung resp. Auswahl der zu unterstützenden Anträge. Die Bewertung erfolgt mit ganzen Punkten:

- 0 nicht erfüllt (< 50%)
- 1 teilweise erfüllt (>50% - 99%)
- 2 voll erfüllt (=100%).

Zusätzlich kann in Ausnahmefällen ein Zusatzpunkt erreicht werden, wenn es sich beim Projekt um ein Vorzeigebispiel handelt.

Die Bewertung wird mit der Gewichtung multipliziert

	Kriterium	Gewichtung
1.	Unterstützung insbesondere der Start- und Konzeptphase des priorisierten Vorhabens	x10
2.	Deblockade : Beitrag wird eine markante Beschleunigung / „Deblockade“ auslösen. Dabei wird ein Zeitgewinn von mindestens einem Jahr erreicht.	x5
3.	Nachhaltigkeit des Mitteleinsatzes ist klar gegeben. Weiterführung des Projektes, Betrieb ist nach 2010 gewährleistet .	x5

4.	Nachhaltigkeit: Mitteleinsatz fördert Voraussetzungen, von welchen weitere priorisierte Vorhaben profitieren.	x5
5.	Mitteleinsatz entfaltet Aussenwirkung . Das heisst die Wirtschaft oder ein Grossteil der Bevölkerung spürt direkt die Auswirkungen.	x2
6.	Interoperabilität: Lösung ist schweizweit anwendbar, resp. multiplizierbar (Weitergabe an Kantone, resp. Gemeinden).	x5
7.	Mitteleinsatz ist SMART ⁷ . Dies ist aus dem Antrag klar erkennbar.	x2
8.	Mitteleinsatz ist transparent dokumentiert .	x2
9.	Mitteleinsatz löst einen ROI ⁸ aus.	x2
10.	Nutzen des Mitteleinsatzes ist beleg- und nachvollziehbar	x2
11.	Vorhaben kann ohne Unterstützung nicht weitervorangetrieben werden	x2
12.	Für das Vorhaben ist eine breite Abstützung/Akzeptanz vorhanden.	x2

⁷ SMART ist ein Akronym für „Specific, Measurable, Achievable, Relevant, Timely“, bzw. „Spezifisch, Messbar, Angemessen, Realistisch, Terminiert“ und dient im Projektmanagement als Kriterium zur eindeutigen Definition von Zielen im Rahmen einer Zielvereinbarung. In der deutschsprachigen Übersetzung sind die Bedeutungen von „achievable“ (= erreichbar, realistisch) und „relevant/realistic“ (= angemessen) vertauscht

⁸ Der ROI (Return on Investment), deutsch Kapitalverzinsung oder Kapitalrendite, drückt das Verhältnis aus dem erwarteten Mehrwert und den Kosten einer Investition aus. Sofern die Investitionskosten angegeben sind, wird eine Aussage über den betriebswirtschaftlich interessanten Totalerfolg zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen